Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger – Brühler Stadtanzeiger – Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pfg. Reklamen 30 Pfg. Offertengebühr und Auskunftserteilung 30 Pfg. Bei zwangsweiser Beitreibung oder Konkurs ist jeder Rabatt hinfällig. Platzvorschriften unverbindlich. — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postscheckkonto Köln 12742 * Fernsprecher 2108.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 Mk. einschl. Trägerlohn. — — — Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — — Störungen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Ersatzansprüche.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 245 | Dienstag, 18. Oktober 1932 | 35. Jahrgang

Die Parole des Zentrums in Münster.

Prälat Kaas über Weg und Zielrichtung des Zentrums. – Eine klassische Rede politischer Klugheit und Erfahrung. – Die Zentrumspartei als Hort politischer Vernunft.

-!- Wie angekündigt fand gestern in Münster jene große Kundgebung der Zentrumspartei statt, mit der dieser Wahlkampf eröffnet wird. Der Reichsparteichef Prälat Dr. Kaas, der lange durch Krankheit am öffentlichen Auftreten verhindert war, gab hier in einer wundervollen Rede, die zweieinhalb Stunden dauerte, Rechenschaft über den bisherigen Weg des Zentrums und wies die Richtung in die Zukunft. Mit großem Mut wurde die politische Entwicklung hier dargelegt, mit rücksichtsloser Offenheit, aber in keiner Wendung ohne jene peinliche Liebe zur Sachlichkeit, die heute so nottut. Daß dabei auch feine Ironie durchblickt, wird jeden befriedigen, der sich durch die unberechtigten Angriffe des Herrn von Papen in dessen Wahlreden chockiert fühlte. Die Rede des Prälaten Kaas ist ein geradezu klassisches Dokument politischer Fähigkeiten. Eine Partei mit solcher Führung ist sicher auf dem rechten Wege. Ihr darf man auch in allerschwersten Zeiten vertrauen. Wir bedauern nur, daß es uns leider der Raum nicht gestattet, die Rede wortwörtlich wiederzugeben. Denn jeder Satz war inhaltsschwer und wirkungsvoll. Aber wir wollen sie doch in einem ziemlich ausführlichen Auszug hier festhalten.

An zweiter Stelle entwickelte dann Dr. Hackelsberger als christlicher Unternehmer das Wirtschaftsprogramm des Zentrums, das wir in unserer morgigen Ausgabe ausführlich wiedergeben werden. Der zweite Vorsitzende der Partei Abg. Joos sprach dann abends in einer öffentlichen Kundgebung, in der er unter starkem Beifall den Weg des Zentrums rechtfertigte und mit den Worten schloß:

Unsere Parole für den kommenden Wahlkampf heißt: Politik und nicht Experimente, Befriedung und nicht Unruhe in Permanenz, Recht und nicht Gewalt, Gerechtigkeit und nicht einseitige Bevorzugung, Volksordnung in Freiheit und Autorität vor dem Volke und durch das Volk zu neuer deutscher Zukunft.

Prälat Kaas

In den vergangenen Monaten hat mein Gesundheitszustand mir leider äußerste Schonung aufgezwungen.

Zu meinem großen Bedauern war es mir nicht möglich, im letzten Wahlkampf mitzuwirken. Und leider bin ich den Strapazen einer Redekampagne auch jetzt noch nicht gewachsen. Ich habe es jedoch für meine Pflicht gehalten, wenigstens bei der parteioffiziellen Einleitung dieses für die deutsche Zukunftsentwicklung beispiellos wichtigen und entscheidungsschweren Wahlkampfes persönlich Klarheit darüber zu schaffen, wo die Fahnen der Deutschen Zentrumspartei stehen und was für uns

Inhalt und Sinn dieses Kampfes ist.

Man hat in den vergangenen Wochen und Monaten da und dort von Unstimmigkeiten in der Zentrumsspartei orakelt. Dabei ist auch mein Name genannt worden. Ich möchte aber den heutigen Tag benutzen, um in aller Oeffentlichkeit sichtbar werden zu lassen, daß derartige Gerüchte und Zweckmeldungen, jeder, aber auch jeder Grundlage entbehren.

Zwischen Parteiführer und Partei, zwischen Partei und Reichstagsfraktion, zwisch Partei und den verschiedenen Landtagsfraktionen besteht in der Beurteilung der Vorgänge der letzten fünf Monate, in der sachlichen Stellungnahme zu dem gegenwärtigen Kabinett, seinem politischen Kurs und den Auswirkungen dieses Kurses in Innen- und Außenpolitik, in Reichs- und Staatspolitik eine einheitliche Auffassung.

Kein Mensch wird leugnen wollen, daß die aufreizenden Vorgänge der letzten Wochen und Monate mehr als einmal Anlaß boten, um auch beherrschte Naturen in berechtigtem Zorn explodieren zu lassen. Die Sprache des Schützengrabens braucht aber nicht gerade zur Verkehrssprache zwischen den gegnerischen politischen Hauptquartieren zu werden.

Unsere Einigkeit ist die Frucht grundsätzlich gleichgerichteter Gesinnung, nicht das Zwangsprodukt uniformierenden Drills.

Von der Führung bis zum letzten Frontposten von Ermland bis an den Bodensee, von Ratibor bis an die Westgrenze, ist unsere Abwehr- und Angriffsfront gesinnungsmäßig und operativ in einer Kampfbereitschaft, wie sie in den entscheidensten Stunden unserer Geschichte kaum zu verzeichnen war.

*

Es wird nachgerade Mode — unter Vorantritt der gegenwärtigen Reichsregierung — über alles, was Partei heißt, zu spötteln und so zu tun, als ob die Existenz von Parteien als solche schon ein nationales Unglück sei. Es lohnt kaum, sich mit solchen Verstiegenheiten auseinanderzusetzen. Wer wie wir, auch in einer Zeit, wo die politische Mode andere Wege ging, gegen die Ueberspitzung des Parlamentarismus gekämpft hat und gegen die Ueberwucherung des Parteigedankens durch einseitige Interessenvertretung, der mag legitimiert sein, die Stimme der Kritik zu erheben. Aber nur er. Nicht aber diejenigen, die sich so an das Parteiwesen verloren hatten, daß sie vor lauter Partei das Volksganze und den Staat nur noch im Hintergrund sahen und die heute nun, aus dem einen Extrem jäh erwachend, kritiklos in ein anderes hineintaumeln, das ebenso falsch ist und nicht minder kurzlebig sein wird.

Wir haben die Fehlerquellen des Parteiwesens und gewisse Entartungserscheinungen nie verkannt. Wir haben jederzeit dagegen angekämpft.

Aber es ist uns nie eingefallen und wird uns nie einfallen, die unentbehrliche Funktion der Gesinnungsparteien für ein normales politisches Leben zu verkennen.

Im übrigen scheint mir die Parteifeindlichkeit des gegenwärtigen Kabinetts stimmungsmäßiges Abfallprodukt seiner Isolierung gegenüber gut 90 Prozent der Volksvertretung zu sein. Mit einer Selbstsicherheit, die einer besseren Sache würdig wäre, mißt man die Schuld an dieser Isolierung dem Parlament zu und denkt nicht daran, einmal ehrlich und selbstkritisch die eigenen Schuldbücher durchzublättern. Soviel ich weiß, verlangt die deutsche Reichsverfassung, daß die Regierung das Vertrauen des Reichstages bedarf. Die heutigen Machthaber gebärden sich, als ob nach der Verfassung der Reichstag des Vertrauens der Regierung bedürfe. Sie verurteilt die Parteien und klagt sie der Unfähigkeit an, einen arbeitsfähigen Reichstag zu bilden. Dieselbe Regierung aber ist es gewesen, die diesen Reichstag gar nicht zur ernsthaften Ausprobierung seiner Arbeitsfähigkeit oder auch nur zu einer einwandfreien und alle Welt überzeugenden Demonstrierung seiner Arbeitsunfähigkeit kommen ließ. In sachlich sehr unangebrachter Sorge für ihre Selbsterhaltung, deren Wert sie erstaunlich überschätzt, ist die Regierung dieser Entscheidung ausgewichen. Den schweren Notwinter, der uns bevorsteht und der an sich schon das Verhältnis zwischen Volk und Staatsgewalt auf härteste Proben stellt, weiß sie nicht besser einzuleiten als mit einem erneuten Appell an die Wahlurne.

Welchen Sinn hat dieser Appell?

Eine Regierung, die das erste Mal vor der Volksvertretung ausgewichen ist, die das zweite Mal mit formalistischen Kunstgriffen sich vor der Konfrontation mit der Volksvertretung und ihrer Abstimmung gesichert hat, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie einen arbeitsfähigen Reichstag gar nicht wollte.

Nur ein arbeitsfähiger Reichstag schafft die staatsrechtliche Scheinbasis für das von dieser Seite in Aussicht genommene diktatorische Notrecht, schafft freie Bahn für gewisse Verfassungsexperimente — andere sagen, und vielleicht mit mehr Recht: Verfassungsbrüche —, für die die Entwürfe anscheinend schon in den Schubladen liegen.

Wir haben uns nie geweigert

Statsnotwendigkeiten Rechnung zu tragen

und haben aus dieser Erwägung heraus mehr als einmal die parlamentarische Zusammenarbeit mit politischen Volksgruppen nicht abgelehnt, zu denen wir im übrigen in starken, ja grundsätzlichen Gegensätzen standen. Eine jahrzehntelange Zusammenarbeit ohne Gefährdung ihrer grundsätzlichen Einstellung zu begreifen, zu unterstützen, sie aber auch in den durch das Staatswohl gebotenen Grenzen zu halten und nicht zu einer Gesinnungsannäherung werden zu lassen. Alles das, was in die Sparte „Verärge-

Fortsetzung Seite 2.

Gerüchte, die nicht verstummen wollen.

Die Pläne des Kabinetts zur Verfassungsreform. — Ein „Präsidialrat der Alten". — Umwege zur Wiedereinsetzung der Monarchie?

-!- Das Gerücht, daß die Regierung die Einsetzung des früheren Kronprinzen als Reichsverweser erstrebe ist zwar von dieser dementiert worden, aber da die Pläne zur Verfassungsreform vom Reichskanzler in seinen Propagandareden nur dunkel angedeutet werden, ist der politischen Phantasie auch weiterhin Tür und Tor geöffnet. Dazwischen hört man aber auch Stimmen sehr ernst zu nehmender Leute, die so gewichtig sind, daß man nicht daran vorübergehen kann.

So deutete der frühere Reichsfinanzminister Dietrich in einer Rede in Königsberg an, daß die Regierung die Schaffung eines Präsidialrates neben dem Reichspräsidenten beabsichtige, dem natürlich weitgehende Befugnisse zuerkannt würden.

Diese Andeutung wird heute ergänzt durch Mitteilungen des Deutschen, der Zeitung der christlichen Gewerkschaften. „Der Reichspräsident solle das Recht haben, Männer seines Vertrauens in diesen „Präsidialrat" zu berufen. Ausgesprochene Parteipolitiker sollten von vornherein ausgeschlossen sein. Es ist klar, daß die Väter dieses Planes der Meinung sind, Reichspräsident von Hindenburg werde die Männer seines Vertrauens in erster Linie in den Kreisen suchen, die jetzt am Regiment sind.

Die Aufgabe dieses Präsidialrats soll eine doppelte sein: einmal soll er den Reichspräsidenten politisch beraten, besonders natürlich in Zeiten schwerwiegender politischer Entscheidung. Er soll zweitens das Recht haben, gemeinsam mit dem Reichstag einen Nachfolger für dessen Amt zu nominieren. Daneben soll nach diesen Plänen nur noch der Reichstag das Recht haben, einmal Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten zu präsentieren, falls er mit dem Kandidaten des Präsidialrates nicht einverstanden wäre. Das Volk hätte dann eben nur die Wahl zwischen beiden Männern. Würden sich die Parteien im Reichstag nicht einigen können, so stände eben nur der Kandidat der Präsidialpartei zur Wahl.

Das wird natürlich auch wieder dementiert werden. Aber die Kreise, die das Kabinett Papen stützen, sind so geschäftig in ihrer Propaganda und so vorlaut mit ihren Plänen, daß man sich nicht wundern darf, wenn stärkste Unruhe und Sorge bei allen wahren Vaterlandsfreunden aufkommt. Denn jeder Vernünftige weiß, daß es zu allerschwersten inneren Erschütterungen kommen muß, wenn die Kreise um Hugenberg ihre Pläne auf Wiederherstellung einer Monarchie, wenn auch auf Umwegen, durchzusetzen versuchen. Man kann daher nicht eindringlich genug vor derartigen Experimenten warnen.

Kurze Tages-Chronik.

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, sprach gestern in einer großen Wahlkundgebung des Zentrums in Münster. Er legte in dieser Rede die Stellung des Zentrums zur politischen Lage dar und gab die Richtlinien für den kommenden Wahlkampf.

*

Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in der Klage Preußen gegen das Reich sind abgeschlossen. Das Urteil dürfte jedoch nicht vor Dienstag nächster Woche erfolgen.

*

Der englische Geschäftsträger in Berlin, Newton, überbrachte dem Reichsaußenminister eine neue Einladung zur Viermächtekonferenz nach Genf. Diese Einladung wurde jedoch von Deutschland aus den bekannten Gründen abgelehnt.

*

Die Völkerbundsversammlung wählte den bisherigen stellvertretenden Völkerbundssekretär, Avenol (Frankreich) als Nachfolger Drummonds zum Generalsekretär des Völkerbundes.

*

Im Bahnhof von Temesvar entgleiste der letzte Wagen eines Eisenbahnzuges und rannte gegen einen Mast. Er wurde vollständig zertrümmert. Bisher sind 24 Tote zu beklagen. Außerdem schweben noch eine Reihe Schwerverletzter in Lebensgefahr.

*

Bei einem Eisenbahnunglück in Innsbruck kamen zwei Personen ums Leben.

*

Aus Anlaß der schweren Unruhen in Wien wurde ein allgemeines Demonstrationsverbot erlassen. Ebenfalls wurden die Wiener Hochschulen auf drei Tage geschlossen.

Bummelungen.

-!- 18. Oktober 1932.

Graf Galen gegen Entstellungen.

Wir sprachen schon vor einigen Tagen an dieser Stelle davon, daß in der Rechtspresse sehr viel mit einer Wahlrede des westfälischen Zentrumsabgeordneten Graf Galen operiert wird, dem man nachsagt, daß er für eine Unterstützung des Kabinetts Papen eingetreten sei. Wir haben damals schon durch Rückfragen festgestellt, daß die Ausführungen des Grafen Galen in der Wiedergabe entstellt worden seien. Trotzdem tut die Hugenberg-Presse, als höre sie davon nichts. Graf Galen hat nun selbst in einer öffentlichen Erklärung festgestellt, daß er zwar eine Verständigung zwischen dem Kabinett Papen und dem Zentrum für wünschenswert halte, jedoch hänge eine solche Entwicklung von der Reichsregierung selbst ab. Wörtlich schreibt darüber Graf Galen:

„Ich selbst kann mich heute der ernsten Befürchtung nicht verschließen, daß unerläßliche Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit für die Deutsche Zentrumspartei leider nicht gegeben sind.

Mit vollem Vertrauen bekenne ich mich zu der politischen Linie der an erster Stelle für die Haltung des Zentrums maßgebenden Herren Kaas, Joos und Brüning.

Möge unter ihrer bewährten Führung die gesamte Zentrumswählerschaft einig und geschlossen in den Wahlkampf ziehen!

Möge die Zentrumspartei so stark aus den Wahlen hervorgehen, daß sie nicht nur nach wie vor der unerschütterte Schutzwall für unsere heiligsten Interessen sei, sondern auch der Bahnbrecher notwendiger Reformen und eines nach den Grundsätzen des göttlichen Sittengesetzes geordneten Volkslebens!

Graf Franz von Galen, M. d. L."

Das ist doch nun wohl deutlich genug.

daß auch die Hugenberg-Presse darauf verzichten könnte, hier noch Wahlspeck zu suchen, mit dem man Dumme fangen könnte.

*

Im Lichte des Wahlkampfes.

Da ist auch noch eine andere Affäre, die in den Hugenbergblättern z. Zt. breit getreten wird mit der ausgesprochenen Absicht, Stoff für Wahlpropaganda zu finden.

Die Tagung des Untersuchungsausschusses in Preußen sowie vor allem der Bericht des deutschnationalen Abg. Steuer über das Vorgehen des früheren Finanzminister Klepper wird von der gesamten Rechtspresse und insbesondere den Hugenberg-Blättern in großer Aufmachung veröffentlicht. Man sieht der ganzen Art der Berichterstattung die Freude an, vielleicht einen fetten Bissen für den Wahlkampf gefunden zu haben, um den „Mitgliedern und Beauftragten der früheren preußischen schwarz-roten Regierung oder den Politikern, die dieser Regierung „nahestanden", schnell noch eins anhängen zu können.

Was in dem Bericht des Abg. Steuer gesagt ist, will doch trotz der „Aufsehen erregenden Enthüllungen" noch gar nichts Belastendes sagen, bis wirklich der Beweis dafür erbracht ist, daß es sich um Verfehlungen zu politischen Zwecken handelt.. Und dieser Beweis ist bisher noch in keiner Weise angetreten.

Daß ein Zeitungsunternehmen von dem Ansehen der „Kölnischen Volkszeitung" und ihrer innen- wie außenpolitischen Bedeutung einen Kredit in Höhe von 2.33 Millionen Mark von der Heimbank bekommen hat, ist doch in der Zeit der wirtschaftlichen allgemeinen Not, wo so viele Banken und Industrie-Unternehmungen vom Reiche und von Preußen gestützt werden mußten, wirklich noch kein Zeichen von politischer Bestechung oder parteipolitischen Schiebungen. Wir erinnern hier nur einmal an das Aufsehen, daß das in die 20 Millionen gehende Konto des Hugenbergschen Scherl-Verlages beim Zusammenbruch der Danatbank gemacht hat. Und damals hat sich die Hugenbergpresse nicht erregt.

Natürlich rechnet die deutschnationale Presse und Wahlagitation stark damit, daß diese ersten Ankündigungen im Gedächtnis ihrer Leser und Wähler haften bleiben wird. Man unterstreicht deshalb um die Wirkung dieser „Enthüllungen" noch zu erhöhen auch besonders die Namen der auf Antrag des Berichterstatters zur Vernehmung vorgeschlagenen Zeugen und glaubt sich daran jetzt schon weiden zu können, daß unter diesen Zeugen sich neben den früheren Ministern in Preußen auch führende Persönlichkeiten des Zentrums wie Prälat Dr. Kaas, Justizrat Mönnig, Verleger Maus, Ministerialdirektor Dr. Spiecker, Oberbürgermeister Adenauer u.s.w. befinden. Warten wir doch erst einmal in aller Ruhe deren Vernehmung ab. Sie wird schon diesen Wahlbissen als Fata Morgana enthüllen.

(Fortsetzung der Rede Kaas)

rungspolitik" gehört, haben unsere politische Gesamthaltung nie bestimmt. Und sie bestimmen sie auch heute nicht.

In der letzten Kundgebung vor der Juliwahl hat unser Freund Dr. Brüning mit besonderem Nachdruck festgestellt, daß die Zentrumspartei keinerlei Wert darauf lege, unter allen Umständen an einer Regierung beteiligt zu sein, daß es für sie nur eine sachliche Linie gebe.

Im Sinne dieser Brüningschen Gedanken haben unsere Freunde in den vergangenen Monaten gehandelt.

Unsere Vertreter haben dem Herrn Reichskanzler ausdrücklich die Zusicherung gegeben, daß sie ihn in seinen Bemühungen, mit den Nationalsozialisten zu einer Verständigung zu kommen, in keiner Weise stören würden. Ist das die Haltung einer Partei, die Prestige- oder Verärgerungspolitik treibt?

Unmittelbar nach der Demission des Kabinetts Brüning habe ich dem Herrn Reichspräsidenten in eindeutigsten Worten

die sogenannte Totallösung,

d. h. eine Kabinettsbildung unter Einbeziehung der nationalsozialistischen Partei als die einzige tragfähige und der Gesamtlage entsprechende bezeichnet. Unsere eigene Beteiligung an einem so umgebildeten „Präsidialkabinett" war für uns gänzlich uninteressant, ja nicht einmal erwünscht. In Fortführung dieser rein sachlichen Linie sind unsere Freunde zu ihren späteren Entschlüssen gelangt, nachdem der Reichsregierung offenbar die Fähigkeit fehlte, die ihr von der Zentrumspartei loyal gebotenen Möglichkeiten zu nutzen. Aus der eigenen Unfähigkeit, eine Parlamentsmehrheit hinter sich zu bringen, darf eine solche Regierung nicht das Recht ableiten, den Parteien die Schuld aufzuhalsen und sich über Parlament und Verfassung hinwegzusetzen. Noch weniger entspricht es dem Sinn eines Kabinetts, das ein „Kabinett der nationalen Konzentration" sein wollte, mit einem seltenen Aufwand hintergründiger Mittel alles untereinander zu verunreinigen zu suchen, was als Träger einer Notmehrheit in Frage kommen konnte.

Prälat Kaas unterstreicht die Bedenken gegen ein Verhandeln mit den Nationalsozialisten und erklärte dann:

Das Prioritätsrecht des Herrn Reichskanzlers zur Führung solcher Verhandlungen haben wir ohne weitere anerkannt und praktisch bis an die Grenze des Vertretbaren respektiert.

Aber wir fragen: Seit wann beansprucht eine Regierung und ein Reichskanzler das Monopol für die Führung solcher Verhandlungen? Seit wann sind solche Verhandlungen, wenn der Herr Reichskanzler sie führt, „Wege zur nationalen Konzentration" und, wenn andere sie führen, deren Sachlichkeit nicht minder unzweifelhaft ist, wie die seine „politische Kulissenspiele"?

War man regierungsseitig tatsächlich so überzeugt von der Aussichtlosigkeit der Parteiverhandlungen, warum dann diese Nervosität und das in sehr merkwürdigen Formen sich äußernde Streben, die Verhandlungspartner gegeneinander aufzuhetzen und in ihren Tendenzen wechselweise zu verdächtigen?

Der zeitige Herr Reichskanzler

hat lange genug in unsern Reihen gesessen und kennt jedenfalls meine Auffassungen hinreichend genau, um wissen zu können, daß die Deutsche Zentrumspartei nie und nimmer einen Mehrheitspakt hätte zustandekommen lassen, den sie nicht sachlich vor aller Welt vertreten konnte.

Wenn es dem Herrn Reichskanzler, wie man doch annehmen muß, auf die Sache ankam und nicht auf sein oder des Kabinetts persönliches Prestige — letzteres schon in normalen Zeiten ein Luxus, den man an verantwortlicher Stelle lieber nicht sieht, in solcher Krisenlage aber überhaupt nicht verstehen kann —, dann war es seine Pflicht, den im Gang befindlichen Versuch wenigstens zu tolerieren und in seinen Ergebnissen abzuwarten, um dann auf Grund der veränderten oder gleichgebliebenen Lage seine Entscheidung zu treffen. Auch die taktische Klugheit gebot solches Vorgehen.

Daß man nicht die Nerven besaß, die Dinge abzuwarten, daß man in Neudeck Auflösungsorders auf Vorrat anfertigen ließ, um im kritischen Augenblick das Minus an Regierungs- und Verhandlungsgeschick durch ein Plus an formalistischen und verhandlungswidrigen Gewaltmitteln wettzumachen, beweist nur, wie wenig die Regierung innerlich der behaupteten Aussichtslosigkeit der Mehrheitsbildung sicher war. Man fürchtete die im Werden befindliche Mehrheit und die möglicherweise folgende Arbeitsfähigkeit des Parlaments und zückte mangels besserer Einfälle die rote Mappe!

In den Verhandlungen mit den Nationalsozialisten

haben unsere Freunde zu verhindern gesucht, daß es im Reichstag von vornherein zu einer Aufhebung der Notverordnungen kommen sollte. Desgleichen versuchten sie, durch diese Verhandlungen auch die Abstimmung über ein Mißtrauensvotum zunächst einmal hinauszuschieben. Das hätte für eine Reichsregierung, die mehr an den Staat und weniger an ihre eigene Existenz gedacht hätte, ein Grund sein müssen, nicht leichtfertig mit der Auflösung zu drohen. Entweder hat sie bewußt den Konflikt herbeigeführt oder aber sie ist in ihn mit einer Ahnungslosigkeit hineingetorkelt, die nicht gerade imposant wirkt. In beiden Fällen ist sie die Schuldige.

Hätte die Regierung die Haltung eingenommen, die ich soeben andeutete, so würde der kommunistische Antrag auf Vorwegabstimmung über Notverordnung und Mißtrauensvotum nie angenommen worden sein. Herr Torgler hatte nur deshalb Erfolg, weil er sachliche und physologische Lage gewandt ausnutzte, die der Herr Reichskanzler und seine Adepten selbst geschaffen hatten. Was die Situation von Anfang an heillos vergiftet hatte, war die mißtrauische, bis zur moralischen Gewißheit gesteigerte Erwartung eines Ueberrumpelungsversuchs seitens der Regierung. Letztere hat nichts getan, dieses Mißtrauen zu zerstreuen, wohl aber vieles, ja alles, um es zu wecken. Eine der Güte ihrer Sache und der Schwäche ihrer Gegner sichere Regierung hätte die offene Konfrontation mit der parlamentarischen Kritik und Abstimmung nicht gescheut.

Eine offene, sachlich und psychologisch richtig angesetzte Auseinandersetzung mit dem Reichstag hätte die rein negativen und destruktiven Kräfte des Parlaments entlarvt und isoliert, hätte die ehrlich positiv gerichteten, wenn auch in der Einzelkritik unbequemen Aufbaukräfte geweckt und gesammelt, hätte die formale Abstimmungsniederlage in einen sachlichen Sieg wandeln können — wenn auch nicht für dieses Kabinett, so wie es war, so doch für eine andere, über die Mängel, Lücken und Schwächen des jetzigen Papenkabinetts hinauswachsende Regierung, die nach unserer Auffassung hierdurch an innerer Volksverbundenheit gewonnen hätte, ohne an Führerautorität und an Führerwillen etwas preiszugeben.

Mit einem solchen Kabinett, dem die freie und überzeugte Gefolgschaft vieler sicher gewesen wäre, die ungläubig oder mit unüberwindbaren Zweifeln dem heutigen gegenüberstehen, hätte Deutschland mit sehr viel mehr Zuversicht und sehr viel mehr nationalem und internationalem Rückhalt in die schweren Monate hineingehen können, die ihm daheim und draußen bevorstehen.

Statt den Reichstag entschlossen vor die Folgen eines negativen Votums zu stellen, zog man in nicht sehr überlegter Form die Notleine der Auflösung und mutet dem deutschen Volk in einer Zeit beispielloser Not und Bedrängnis die Risiken und Erschütterungen eines entbehrlichen Wahlkampfes zu.

Wo stehen wir in diesem Kampfe?

Wir kämpfen nicht für Personen oder gegen Personen um ihrer selbst willen. Wer das Staatssteuer in Händen hält, welcher sozialen und gesellschaftlichen Schicht, welcher Konfession, welcher Partei, welchem Volksstamm welchem Stand er angehört, ist für uns eine Frage zweiten und untergeordneten Ranges. Um was es uns geht, ist die Sache.

Wir fragen nicht: Woher kommt diese Regierung?, sondern: Wo geht sie hin?

Wir haben ihr die Gefolgschaft nicht verweigert ihrer selbst willen, sondern wegen des Weges, den sie eingeschlagen hat und der, wenn nicht bald ein Einlenken kommt, unweigerlich in die Irre führt.

Aus unserer ganzen grundsätzlichen Einstellung heraus bejahen wir gern und überzeugt den „autoritären Staat". Aber wir verlangen von diesem Staat und all denen, die ihn verantwortlich vertreten, daß sie neben und über diesem Staat die Autorität ewiger, auch ihn bindender Normen anerkennen.

Wir bejahen den richtig verstandenen autoritären Staat, aber wir wenden uns nachdrücklich gegen den wachsenden Mißbrauch, der von Berufenen und Unberufenen in gedankenloser Fahrlässigkeit mit diesem Wort getrieben wird.

Wir wehren uns dagegen, daß dieses Wort zur Deckadresse für Reaktion und Volksstaatverneinung mißbraucht wird. Deutschland wird ein Staat demokratischer Grundhaltung sein oder es wird nicht sein.

Praktisch ist in den letzten Jahren eine aktive Führung der Politik durch die Regierung unter dem Amtsvorgänger des jetzigen Reichskanzlers und eine Zurückdrängung der bloßen Parteipolitik in beachtenswertem Maße erreicht worden, ohne daß der Verfassung gewaltsame Deutungen gegeben und ohne daß die Regierung vorhandene Möglichkeiten, die Gefolgschaft der Volksvertretung zu erlangen, leichtsinnig aufgab.

Eine solche, der inneren wie der äußeren Sachlage entsprechende Politik erfordert allerdings eine sehr viel intensivere Arbeit und entsagungsvollere Tätigkeit als das Suchen des Konfliktes mit der Volksvertretung. Das mechanische Dekretieren von Gesetzen, deren Ausarbeitung man den Ressorts überläßt, ist eine einfachere Sache.

Das deutsche Volk in seiner gewaltigen Mehrheit hat zu vielem von dem, was Weimar ihm gebracht und zu bringen versprochen hat, ein zu innerliches und überzeugtes Verhältnis, als daß es die darin beschlossenen Freiheiten und Fortschritte widerspruchslos und kampflos in den Papierkörben der Bürokraten und Geheimräte verschwinden ließe.

Die autoritäre Demokratie

ist auch schon unter der Regierung Brüning angestrebt und schrittweise verwirklicht worden. Diese zeitgemäße und trotz größter Schwierigkeiten bewährte Lösung des Regierungsproblems ist von der jetzigen Reichsregierung verlassen worden. Sie glaubt die Autorität der Staatsführung am besten dadurch zu stützen, daß sie die Autorität der Volksvertretung mißachtet.

Der Konflikt mit dem Parlament allein genügt nicht, um ein Bismarck zu werden.

Eher schon nähert man sich seinen Wegen, wenn man, wie er, die Einsicht und die Kraft hat, sich zur rechten Zeit selbst zu korrigieren.

Eine Regierung, die sich über den Volkswillen hinwegzusetzen beginnt, ist — mag sie auch noch so starke Gesten nach außen machen — eine schwache Regierung. In der Innenpolitik, vor allem in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, ist eine solche Regierung weniger als andere in der Lage, eine gerechte und ausgewogene Behandlung der Interessen aller Volksschichten durchzuführen. Sie gerät von selbst in Abhängigkeit.

In der Außenpolitik

sind die Folgen einer von Prestige- und Popularitätsmotiven bestimmten Regierung nicht weniger verheerend. Man gibt, wie wir es in den vergangenen Monaten erlebt haben, die ruhige und sachliche Linie auf, täuscht durch starke Worte nach außen Erfolge vor, während man in Wirklichkeit Dauererfolge preisgibt, einer bedenklichen politischen Isolierung zutreibt und die Zukunftsentwicklung kompromittiert.

Dabei hatte das heutige Kabinett es an sich auf allen Gebieten leichter als manche seiner Vorgänger. Seinem Kommen war

unter der Kanzlerschaft Brüning eine mühselige Arbeit vorausgegangen,

die die Mehrheit des deutschen Volkes davon überzeugen sollte, daß schwere Opfer unvermeidlich, daß eine Senkung der Lebenshaltung aller Schichten Voraussetzung innerer Ordnung und äußerer Freiheit sei. Das Ende der Reparationen und seine verhältnismäßig widerspruchslose Hinnahme durch Gläubigerstaten und Weltöffentlichkeit war die Frucht dieser Arbeit. Die Ernte in die Scheune fahren, und dabei noch mit so erheblichen Pannen, wie sie Herrn von Papen zustießen, ist leichter, jedenfalls aber weniger verdienstlich als die Sämannsarbeit, die Brüning in schweigender und zielstrebiger Geduld zu leisten hatte.

Ebenso wie auf anderen Gebieten der Außenpolitik bekundet die gegenwärtige Regierung eine auffällige Abneigung dagegen, in der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands die Vorarbeit anzuerkennen, die geleistet war, ehe sie mit fragwürdigen Methoden und mit noch fragwürdigeren Ergebnissen sich auf diesem heiklen und äußerst schwierigen Terrain zu betätigen begann. Der Regierung Brüning war es gelungen, auch ohne Appell an die Volksleidenschaften und ohne Entfesselung allzustarker Gegenströmungen, im Ausland zunächst einmal die moralische Anerkennung der politischen Gleichberechtigung durchzusetzen. Die Kritik in befreundeten italienischen Zeitungen, daß die frühere Regierung die Rechte Deutschlands mindestens so energisch, aber bestimmt geschickter wahrgenommen habe, sollte allen, die es angeht, eine Mahnung sein, daß man auch befreundeten Mächten die Betätigung ihrer Freundschaft nicht durch Methoden erschweren soll, die geeignet sein könnten, die Vereinbarkeit solcher Freundschaft mit dem eigenen Interesse einer Nachprüfung zu unterziehen.

Ich frage die Reichsregierung, ob sie glaubt, daß ihre, von der vorsichtigen, aber im Sachlichen unbeirrbar festen Haltung Brünings abweichende Methode in der Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage die Erfolgschancen für Deutschland gebessert oder verschlechtert hat?

Die Brüningsche Methode hat, wenigstens nach der ausländischen Presse, in Genf im April dieses Jahres bei Amerika, England und Italien zu einer Uebereinstimmung in entscheidenden Fragen geführt. Ich weiß nicht, ob die Reichsregierung aus innerpolitischen oder außerpolitischen Gründen über die Tatsache sich völlig ausschweigt.

Ich frage die Reichsregierung, ob sie in gewissen, in wenig glücklicher Form gehaltenen Reden maßgeblicher Kabinettsmitglieder ein geeignetes Mittel sieht, das, nämlich den sachlichen Erfolg in der Abrüstungsfrage zu fördern oder zu hemmen und unnötigem Mißtrauen Tür und Tor zu öffnen?

Ich frage die Regierung, ob sie glaubt, daß es ihrem Kredit und der Einschätzung ihrer inneren Einigkeit und Stärke dient, wenn man Reden der angedeuteten Art halten läßt und sie in amtlichen Verlautbarungen zunächst deckt, wenn aber nachträglich durchsickert, daß die spätere diplomatische Haltung sich mit der rednerischen nicht gedeckt hat?

Und diese selbe Regierung weigert sich mit fadenscheinigen, formalrechtlichen Gründen, vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen und wenigstens ihn — unter dem Schutz der Vertraulichkeit — so zu unterrichten, wie es ihre verfassungsmäßige Pflicht und sein verfassungsmäßiges Recht ist!

Das Zustandekommen des Lausanner Protokolls über die österreichische Kredithilfe ist vorläufig noch — wenigstens für die Oeffentlichkeit — in schonendes Dunkel gehüllt. Auch das sogenannte Vertrauensabkommen von Lausanne ist das Gegenteil eines Erfolges.

Eine zielklare, Energie und Schmiegsamkeit in richtiger Legierung verbindende, Klarheit und Vertrauen um sich verbreitende, den Eisgürtel der Isolierung allmählich zum Schmelzen bringende deutsche Außenpolitik ist für unser Volk heute mehr als je Schicksals- und Lebensfrage. Ich vermag nicht zu glauben, daß der zeitige Herr Reichskanzler, dessen Auffassungen und Grundrichtung ich aus früheren Zeiten zu kennen glaube, diese Zusammenhänge nicht sieht. Alle innerdeutschen Maßnahmen auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs, und vor allem das Ringen um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, greifen ins Leere ohne die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens. Experimentierende und hasardierende Außenpolitik ist destruktive Innen- und Wirtschaftspolitik.

Eine Wirtschaftskonjunktur

läßt sich leider nicht durch Notverordnung aus dem Boden stampfen. Berichte über Einstellung von Arbeitern, ohne der Oeffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, die wirtschaftlichen Pluszeichen an Hand einwandfreier Statistiken mit den leider auch vorhandenen Minuszeichen zu vergleichen, erinnern stark an die Zeit des U-Boot-Krieges, wo man den Glauben der Massen durch gemeldete Scheinerfolge aufrecht zu halten suchte.

Graut der Regierung von heute in lichten Augenblicken nicht auch vor den möglicherweise zu erwartenden Explosivwirkungen der Stimmungswende, die ein Mißerfolg der groß und zu groß angekündigten Ankurbelungsmaßnahmen in den enttäuschten Massen auslösen könnte?

In der Sicherung der Staatsfinanzen

ist — gegenüber der vorsichtigen Methodik des Kabinetts Brüning — ein Rückschritt vollzogen, dessen Folgen nicht zu berechnen sind. Was wird eintreten, wenn die kleine Konjunkturbesserung nicht rasch zu einer echten Konjunktur umschlägt? Will man, wenn für dieses „System" einmal die Schlußbilanz kommt, die fast unmöglich gewordene Aufgabe der zu spät vorgenommenen Sanierung wieder andern überlassen?

In bezug auf Zahl und Tempo seiner Aktionen ist das gegenwärtige Kabinett zwar eine Klasse für sich. Die Qualität und Reife seiner Leistungen ist um so umstrittener. Es ist immerhin ein Rekord, wenn zu einer Notverordnung innerhalb Monatsfrist fünf Ausführungsverordnungen erlassen werden mußten.

Niemals hat die Bürokratie so selbstherrlich und in manchen Ressorts so eigenbrötlerisch geschaltet und gewaltet wie heute.

*

Zu der Unausgeglichenheit, Sprunghaftigkeit und inneren Fragwürdigkeit des von der zeitigen Regierung gewählten innen- und außenpolitischen Kurses kommt etwas hinzu, was mir das Beunruhigendste an der gesamten Entwicklung zu sein scheint, dessen Korrektur und Zurückführung in vernünftige Bahnen unsere Aufgabe und die aller besonnenen politischen Kreise aller Lager sein oder werden muß:

In dem Bemühen, durch mehr oder minder

gewaltsame Auslegung der Verfassung

ihre Existenz in der gegenwärtigen Führung und Zusammensetzung zu sichern, treibt die Reichsregierung einem Zustand zu, der zu einer fortschreitenden Erschütterung der Rechtsgrundlagen und der Autorität des Staates führt. Ist dieser Zersetzungsprozeß einmal bis zu einer gewissen Bewußtseinstiefe in das Volksempfinden eingedrungen, dann verdirbt und stirbt langsam der Sinn für die Autorität selber. Was nützt es dann, in solchen Situationen den Staatsgerichtshof zu strapazieren, das Organ, das zur Interpretation der Verfassung geschaffen ist? Er gerät

durch derartige Praktiken in eine unmögliche Lage. Er steht, wie immer er sich entscheiden mag, vor der peinlichen und dem Staats- oder dem Rechtsinteresse abträglichen Alternative: entweder die Autorität des Reichspräsidenten oder seine eigene Autorität zu beeinträchtigen. Wir warnen die Regierung auf diesen Wegen weiterzugehen.

Wir kämpfen

Für das Recht:

Es soll in den Laboratoriumsversuchen der zuständigen Ressorts nicht in sein Gegenteil verkehrt werden.

Für die Autorität:

Sie soll weniger beansprucht, als durch Leistungen verdient werden. Staatliche Autoritätsträger, die von 90 Prozent des Volkes abgelehnt werden, statt von der Volksmehrheit freiwillig anerkannt und getragen zu werden, vermögen die Opferbereitschaft und die freien schöpferischen Kräfte eines Volkes nicht in dem Maße zu mobilisieren, wie es der Ernst der innen- und außenpolitischen Lage heute schon erfordert und in einem vielleicht nicht fernen Zeitpunkt noch gebieterischer fordern wird.

Für die Freiheit:

Dem „totalitären Staat" gegenüber betonen und verteidigen wir die Rechte der Persönlichkeit, das Naturrecht der Familie, das heilige und ursprüngliche Recht der Kirche, den Eigenbereich der dem Gesamtwohl sich verantwortlich fühlenden freien Verbände und Gemeinschaften.

Wir wissen, daß Freiheit ohne Bindungen und Disziplin den Staat nicht stärkt, sondern gefährdet. Eine in vernünftigen und verantwortbaren Ausmaßen sich vollziehende Fortbildung der Verfassung in Richtung dieser Disziplinierung findet, so wie bisher, so auch weiterhin unsere Unterstützung. Wir wollen eine starke Regierungsführung und sind bereit, ihr die verfassungsmäßigen Fundamente schaffen zu helfen. Aber wir glauben, daß das auch möglich ist in Formen, die dem Volke lassen, was des Volkes ist. Auch wir wollen, wenn ich auf ein in München gefallenes Wort des Reichskanzlers Bezug nehmen darf, nicht, daß die Regierung ein „Spielball" der Parteien sei. Niemals aber ist sie so in Gefahr, Spielball — nicht von Parteien, sondern von anonymen Kliquen zu werden, als wenn sie darauf verzichtet, der lebendige „Ausdruck" des Volkes zu sein. Versuche, die verantwortliche Heranziehung aller Schichten des Volkes an der Gestaltung des staatlichen Lebens zu beseitigen, lehnen wir ab. Pseudoreformen, die auf dem Schleichpfade der Verfassungsinterpretation die Alleinherrschaft einer „hauchdünnen Schicht" herbeiführen sollen, werden in uns überzeugte und unnachgiebige Gegner finden.

*

Mit dem gesamten deutschen Volk und mit führenden Persönlichkeiten aller politischen Lager sind

auch wir für eine gründliche Reichsreform.

Ein Segen und ein Fortschritt kann sie aber nur sein, wenn sie vom Willen der Nation getragen wird. Sie auf dem Wege des Diktats einem freien Volk aufzwingen wollen, wäre ein verfehltes und gefährliches Beginnen. Unter Ablehnung eines durch den geschichtlichen Werdegang des deutschen Volkes in keiner Weise vorbereiteten und seiner geistigen Vielgestaltigkeit widerstrebenden Einheitsstaates fordern wir ein echtes Föderativsystem. Zusammen mit unsern süddeutschen Freunden in Baden, Württemberg, zusammen mit der uns weltanschaulich und politisch innerlich verbundenen bayerischen Bruderpartei werden wir darüber wachen, daß die im richtig verstandenen föderalistischen Gedanken wirksamen Lebens-, Sammlungs- und Einigungskräfte nicht angetastet und in zweifelhaften Experimenten geschädigt werden.

Für den Namens- und Zweckföderalismus gewisser Stellen, hinter dem sich in taktischer Anpassung an die politische Konjunktur das Feldwebeltum eines gewalttätigen Zentralismus gegen Sicht zu decken sucht, ist in der politischen Konzeption der Deutschen Zentrumspartei kein Platz. Für sie ist Föderalismus keine Vokabel, sondern ein Inhalt. Ein Inhalt, der bejaht wird.

Gerade im Hinblick auf das „Reich der Deutschen" in einem kommenden Europa, in Richtung auf Deutschlands europäische Friedens- und mitteleuropäische Führermission sehen wir in der grundsätzlichen Bejahung und in der planvollen Verwirklichung des föderalistischen Gedankens in richtiger Legierung mit dem alles beherrschenden Imperativ des Reichs-Einheitsgedankens die Schaffung magnetischer Kraftfelder, deren Anziehungskräfte den weiteren innereuropäischen Wachstumsprozeß wesentlich beeinflussen und friedlich lenken können.

Die Wahlreden des Herrn Reichskanzlers sind mir keine hinreichend feste Unterlage für die Bildung eines verantwortlichen Urteils. Sobald er die Güte haben wird, uns die Entwürfe kennen zu lassen, werden wir reden und werden wir handeln. Die dilettantischen Ideen, die gelegentlich kolportiert werden, können eine Grundlage für eine ernsthafte Diskussion denen nicht geben, die sich jahrelang in sachlicher Arbeit mit diesen Dingen befaßt haben.

In unserem Kampf für eine gesunde und wirklichkeitsnahe Staats- und

Wirtschaftspolitik

warnen wir vor dem Irrtum, als ob man mit rein technischen Operationen, die zunächst nur einer kleinen Schicht zugute kommen, die deutsche Wirtschaft retten könne. Der früheren Regierung ist es zwei Jahre gelungen, schmerzhafte Lohn- und sozialpolitische Maßnahmen durchzuführen, ohne daß ein einziger Streik aufflammte. Heute brennt es allenthalben.

Leicht ist es, ein Volk zu zerwühlen und zu zerreißen. Schwer, es wieder zusammenzuführen und die Wunden vergessen zu machen, die man seinem Freiheits- und Rechtsgefühl geschlagen hat.

Man schmäht heute auf Weimar und vergißt, was es uns gegeben hat, auch denen, die seine Gegner sind. Nach einem Zusammenbruch ohnegleichen hat es die revolutionäre Aera beschlossen, Ruhe und Frieden gesichert und verhindert, daß Deutschland zerfiel und in soziale Kampflager zerrissen wurde. Bei der Gestaltung dieses Verfassungswerkes haben wir das Privateigentum gerettet — in einer gesetzgebenden Körperschaft, die es nahezu zur Hälfte als prinzipiell ablehnte. Im Ringen um ihren Inhalt haben wir die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Sicherung der christlichen Weltanschauung geschaffen, im Gegensatz zu einer anders eingestellten, nur durch uns beeinflußbaren und schließlich umgestimmten Mehrheit. Damals ist es gelungen. Ob es, wenn schließlich das Versagen der jetzigen Regierungsmaßnahmen erneut zu chaotischen Zuständen führen sollte, nochmals gelingen würde — das ist eine Frage, die nur der beantworten kann, der weiter sieht, als unsere menschlichen Augen.

Die heutige Regierung liebt es, gelegentlich mit besonderem Nachdruck ihren Willen zur

Verwirklichung des christlichen Staates

zu betonen. Wir sind ihr für dieses offene Bekenntnis dankbar. Der Einfluß des Christentums auf den Staat und die öffentliche Meinung wird um so größer und so gesicherter sein, je unzweideutiger die Durchdringung aller Maßnahmen des Staates mit den Grundsätzen christlicher Gerechtigkeit auch vor den Augen der Aermsten der Armen in praktischer Tat sichtbar wird. Der und der allein sichert dem Christentum seinen Einfluß im Staate und im Volk, der den Mut hat, gerecht zu sein und in jedem Augenblick in unparteiischem Ausgleich das Notwendige zu tun.

Daß die deutsche Politik unserer Tage im Bewußtsein breitester Volksschichten im Begriff ist, sich von diesem allein gangbaren Wege zu entfernen und Einflüssen dienstbar zu werden, die ihr den geraden Weg unbeeinflußbarer Gerechtigkeit und sozialen Ausgleichs verrammeln oder erschweren, das ist die von vielen in ihrer ganzen Größe nicht klar erkannte Gefahr der Tage und Wochen, die wir durchleben, das ist die Wetterwolke, die düster und drohend am Horizont dieses Not- und Elendswinters steht.

Ein Blick auf die Millionen, die feiernd auf dem Friedhof der deutschen Wirtschaft stehen, auf die ungezählten Arbeiter-, Angestellten-, Bauern- und Mittelstandsexistenzen, auf die Angehörigen der geistigen Berufe und die Akademikerschaft, die aus einer schweren Gegenwart einer beklemmend ungewissen Zukunft entgegensehen, ein Blick auf dieses, sich immer noch nicht wesentlich mindernde Heer der Not, dem Zwietracht und Hetze kein Brot schafft, sondern die Bitterniz des Darbens nur noch mehr vergällt, sollte genügen, um jeden, aber auch jeden begreifen zu lassen, daß die gigantische Aufgabe der Wiedererweckung der deutschen Wirtschaft zum Leben niemals dem blinden und zerstörerischen „Gegeneinander", sondern nur dem bewußten und schöpferischen „Miteinander" gelingen wird.

Dieses „Miteinander" zu schaffen, ihm geistig und praktisch die Wege zu ebnen und da, wo Unverständnis oder Leidenschaft zu verschütten hat, sie wieder freizulegen, war und ist von dem Westfalen Emmanuel von Ketteler bis zu dem Westfalen Heinrich Brüning die beherrschende Leitidee unserer politischen Arbeit und wird es für immer bleiben müssen.

Wir von der deutschen Zentrumspartei bieten in diesen namenlos schweren Stunden, wo wir nicht wissen, ob am Horizont Deutschlands das Menetekel weiterer Prüfungen oder das Morgenlicht beginnenden Aufstiegs stehen wird, in Sachlichkeit und Ritterlichkeit jedem die Hand, der sie uns zu sachlicher, in ihren Zielen und in ihren wesentlichen Methoden verantwortbarer Gemeinschaftsarbeit und in ritterlicher Gesinnung und Form entgegenstreckt. Wir wissen nicht, ob der geistige Brückenschlag gelingt, von dem allein wir Rettung erhoffen. Wenn es nicht gelingt, dann soll es nicht unsere Schuld und unsere Verantwortung sein.

Durch die Seele des deutschen Volkes geht ein starkes und ehrliches Sehnen, aus dem hassenden und raufenden, aus dem verhetzten und zerklüfteten Deutschland von heute herauszuwachsen und vorzustoßen nach einem Deutschland von morgen, in dem die furchtbaren Spannungen und Zerklüftungen dieser Tage überwunden werden durch das wiedererwachende und durch brüderliche Tat gefestigte Bewußtsein der Zusammengehörigkeit.

Wenn heute drei, vier, fünf politische Führer der verschiedenen Lager den Mut hätten, sich den aufrüttelnden Ernst der Stunde einzugestehen, und aus der Erkenntnis dieses Ernstes zu dem Entschluß vorstoßen, ihre ganze Autorität und den ganzen Einsatz ihres Führertums zu wagen, um ihre Gefolgschaft auf die

Bildung einer deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft

zu verpflichten, dann wäre die Durchbruchsschlacht deutscher Selbstbesinnung geschlagen.

Dieser Not- und Mehrheitspakt könnte meinetwegen befristet sein. Aber er müßte eine Laufzeit haben, welche der Staatsführung eine sachentsprechende Arbeits- und Gestaltungsfreiheit schafft. Solange der gegenwärtige Herr Reichspräsident uns erhalten bleibt, so lange stände dieser Versuch unter einem Stern, der vielen das Hoffen ermöglichte, die sonst zweifeln oder am Erfolg gar verzweifeln würden.

Zurzeit stehen wir im Kampf. Und während des Kampfes gibt es nur eine Pflicht: kämpfen. Aber wir führen diesen Kampf so, daß am Tage nach der Schlacht die Gegner sich nicht zu scheuen brauchen, Auge in Auge das Fazit des politischen Waffenganges zu ziehen und einen Weg zu finden, um das zu verwirklichen, was für uns und alle, die uns nahe stehen, das Ziel unseres Ringens und Mühens ist:

Ein Deutschland, das Gott gibt, was Gottes ist;
Ein Deutschland, das für den Staat fordert, was des Staates ist;
Ein Deutschland, das dem Volke, aber auch ehrlich und ohne Hinterhalt, läßt, was des Volkes ist.

Chronik des Unheils

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Temesvar.

Budapest, 17. Okt. Wie der Pester Lloyd aus Bukarest erfährt, entgleiste heute abend im Bahnhof von Temesvar ein Eisenbahnzug. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 18 Tote zu beklagen. 16 Personen wurden so schwer verletzt, daß die meisten aller Voraussicht nach den Morgen nicht überleben dürften. Bei dem verunglückten Zuge handelt es sich um einen Güterzug, der als letzten Waggon einen Personenwagen mitführte, in dem 34 Bahnarbeiter saßen, die auf dem Bahnkörper tagsüber gearbeitet hatten. Der Weichensteller, der seit 21 Jahren an dieser Stelle den Posten versieht, hatte die Weiche umgestellt, bevor noch der letzte Wagen, in dem die 34 Bahnarbeiter saßen, die Weiche passiert hatte. Der Wagen sprang aus den Schienen und rannte mit voller Geschwindigkeit gegen einen Eisenmast der Telegraphenleitung. Der Waggon wurde dabei völlig zertrümmert.

*

Von den bei dem Zugunglück bei Temesvar Schwerverletzten sind noch sechs ihren Verletzungen erlegen, sodaß sich die Zahl der Toten bisher auf 24 beläuft.

*

Nach Meldungen aus Bukarest erzählten Augenzeugen der Eisenbahnkatastrophe daß der dem Personenwagen folgende Postwagen auf den entgleisten zertrümmerten Wagen aufgefahren sei. Dadurch seien die zahlreichen Insassen förmlich gerädert worden, wodurch es sich erkläre, daß die meisten Leichen verstümmelt seien. Der Weichensteller soll angeblich an dem Unglück keine Schuld haben, da die Weiche auf elektromagnetischem Wege umgestellt worden sei. Der verunglückte Wagen soll aus den 60er Jahren stammen und vollkommen baufällig gewesen sein. In Temesvar glaubte man anfangs, daß der Simplon-Expreß verunglückt sei, und alsbald strömten große Menschenscharen an die Stätte des Unglücks.

Eisenbahnunglück in Innsbruck.

Wien, 17. Okt. Im Innsbrucker Westbahnhof entgleiste aus bisher unaufgeklärter Ursache der letzte Wagen eines Personenzuges. Zwei Personen kamen ums Leben, darunter die Frau eines reichsdeutschen Lokomotivführers.

Zusammenstoß zweier englischer Schleppdampfer.

Yarmouth, 17. Okt. In der Höhe von Lowestoft sind heute zwei englische Schlepper zusammengestoßen. Der eine Dampfer ist gesunken. Vier Mann seiner Besatzung ertranken; die anderen fünf wurden von dem zweiten Schleppdampfer gerettet.

Zwei weitere Schwerverletzte in Dortmund

Dortmund, 18. Okt. Die Arbeiten der Mordkommission zur Aufklärung der Vorgänge, die sich am Sonntag vormittag im Dortmunder Norden ereignet haben, wurden am Montag mit größtem Nachdruck fortgesetzt. Im Laufe des Tages wurden sechs Personen unter dem Verdacht festgenommen, sich an der Schießerei auf Nationalsozialisten und Polizei beteiligt zu haben; ihre Vernehmung ist noch nicht abgeschlossen. Die Mordkommission brachte erst am Montag nachmittag in Erfahrung, daß außer den zwei Toten und zwölf Schwerverletzten zwei weitere Männer bei der Schießerei schwer verletzt wurden und im Krankenhaus liegen. Einer schwebt noch in Lebensgefahr.

Amokläufer.

London, 17. Okt. Die Times meldet aus Budhata (Pundschab): Aus Erregung über das Verschwinden einer Kuh, die angeblich von Mohammedanern gestohlen und geschlachtet worden ist, haben drei Shiks eine furchtbare Bluttat begangen, die 17 Todesopfer forderte. Mit Schußwaffen ausgerüstet, liefen sie am 11. d. M. in den Straßen von Budhata Amok und schossen auf jeden Mohammedaner, der ihnen begegnete. Acht Personen büßten auf diese Weise das Leben ein, neun wurden verwundet. Die Rasenden liefen dann in ein zwei Kilometer entferntes Dorf und erschossen dort neun Menschen.

Um die Viererkonferenz.

Ein neuer Versuch Mac Donalds zur Rettung der Konferenz — Erneute Weigerung in Berlin, Genf als Konferenzort anzuerkennen. — Italienische Verärgerung.

=!= Auf einem Frühstück, das die nationale Arbeiterpartei ihrem Führer Mac Donald gab, ergriff der britische Premierminister das Wort zu hochbedeutsamen politischen Ausführungen, denen er selbst ausdrücklich offiziellen Charakter gab. Darin bekannte er sich zunächst noch einmal zum Völkerbund, zur Friedenssicherung und Abrüstung. Deutschland wisse genau, daß England sich seiner Forderung auf Gleichberechtigung nicht widersetze. Aber es wisse auch, daß England bestrebt sei, zwischen ihm und Frankreich zu vermitteln. Man müsse zu einer gemeinsamen Vereinbarung über die deutsche Forderung kommen. Dazu ist Deutschlands Anwesenheit erforderlich. Sein Fernbleiben wird mißverstanden werden. Am Ende unserer Besprechungen könnten dann alle gemeinsam zur Abrüstungskonferenz gehen und dann auch diese wieder aus der Sackgasse herausziehen.

Man sieht aus diesen Ausführungen Mac Donalds wie ernst er seine Vermittlungsaufgabe auffaßt. Wie die folgende Meldung zeigt, hat er in Berlin nochmals einen Schritt unternommen, der aber ebenfalls wieder auf Ablehnung gestoßen ist.

*

Berlin 17. Okt. Wie wir erfahren, ist der englische Geschäftsträger Newton heute nachmittag wieder beim Reichsaußenminister gewesen, um ihm nochmals die Einladung zu der Mächtezusammenkunft in Genf zu überbringen. Der Reichsaußenminister konnte ihm aber nur die frühere Antwort wiederholen, daß Deutschland aus den bekannten Gründen Genf als Ort der Erörterung ablehnen müsse.

*

Der Beschluß der deutschen Regierung wird natürlich in Paris mit Befriedigung aufgenommen werden, während vorauszusehen ist, daß er England verärgert. Daß man übrigens auch in dem uns wohl gesinnten Italien ganz anders denkt als in Berliner Regierungskreisen, beweist folgende Meldung, die geradezu eine Illustration zum außenpolitischen Teil der Rede des Prälaten Kaas in Münster liefert.

*

In einem offenbar beeinflußten Artikel wendet sich die römische Zeitung „Tribuna" mit großer Schärfe gegen Deutschlands Weigerung, an einer Viermächte-Konferenz in Genf teilzunehmen. Deutschlands Ablehnung erscheine dem italienischen Volke unbegreiflich. Deutschland möge nicht glauben, daß es die günstige Reglung von Lausanne plötzlich mit der herausfordernden Art eines Mannes beantworten könne, der in jedem und allem nach seinem eignen Gutdünken handeln und was ernste und bewußte Erkenntnisse der Wirklichkeit seien, als pflichtgemäße Zugeständnisse betrachten könne. Eben diese Wirklichkeit kann und darf Deutschland nicht erlauben, zu jener Verständnislosigkeit und Anmaßung zurückzukehren, die ihm die Opfer gekostet hat, die wir alle kennen. Wenn Deutschland auf den gleichen Stand mit den andern drei Mächten gesetzt werden soll, so bedeutet das nicht die Auslöschung der Tatsache des Krieges und der Lage, die sich aus ihm gebildet hat. Italien, so schließt das Blatt, habe öfter gesagt, was es von all diesen Konferenzen denke, aber es müsse sich gegen jeden wenden, der sich engherzig, anmaßend und starr benehme. Die Regierung Papen scheine wieder in die wohlbekannte aufgeblasene Verbohrtheit zurückfallen zu wollen.

Solche Stimmen übermittelt uns das offiziöse Wolffbüro leider nicht. Wie mögen erst die Stimmen in England, Frankreich und Amerika heute lauten?

Wetteraussichten.

Durch Kaltluftzufuhr wird die Ausbreitung eines über England liegenden Hochdruckteils in östlicher Richtung begünstigt. Durchgreifende Wetterbesserung ist jedoch nicht zu erwarten, da der Hochdruck mit der Kaltluft weiter wandern wird und außerdem schon eine neue, vom Ozean anrückende Störungslinie die irische Westküste erreicht hat.

Vorhersage für die nächsten Tage: Fortdauer der Westwindwetterlage; Regenpausen und Aufheiterungsperioden immer nur vorübergehend. Luftwärme normal.

Aus Westdeutschland.

Kölner Chronik.

Die Stadt erklärt . . .

WP. Köln, 17. Okt. Zu den Ausführungen des Abgeordneten Steuer in der Sitzung des Klepper-Untersuchungsausschusses des preußischen Landtages am Freitag, teilt das Presseamt der Stadt Köln mit:

Im Jahre 1928 hatte die Stadt Köln zwecks Konsolidierung ihrer gesamten kurzfristigen Schulden Verhandlungen mit ausländischen Banken angeknüpft. Es war ihr von einer sehr maßgebenden Bank eine Anleihe in Höhe von 25 Mill. Dollar, evtl. mehr, zu günstigen Zinsbedingungen in Aussicht gestellt worden. Gleichzeitig hatte diese Bank der Stadt Köln einen Vorschuß auf diese Anleihe in Höhe von 5 Mill. Dollar und 1 Mill. Pfund gegeben. Infolge der ablehnenden Haltung der Genehmigungsstelle für Auslandsanleihen kam der Abschluß der langfristigen Anleihe nicht zustande, und die Stadt Köln mußte in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 den Vorschuß von 5 Mill. Dollar und einer Mill. Pfund zurückzahlen. Zu diesem Zweck wurden ihr u. a. von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Köln, insgesamt 12 Mill. RM. vorübergehend zur Verfügung gestellt. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Köln, verlangte diesen Betrag unter allen Umständen vor Ultimo Dezember zurück. Verhandlungen mit der Preag, die damals seitens der Stadt eingeleitet waren zwecks Gründung einer Gesellschaft für den Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke, und durch die nunmehr eine Konsolidierung der schwebenden Schulden der Stadt Köln herbeigeführt werden sollte, konnten bis zum 31. Dezember keinesfalls zum Abschluß gebracht werden, sodaß die Rückzahlung an die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Köln, aus den hier evtl. erfließenden Beträgen nicht möglich wurde. Oberbürgermeister Dr. Adenauer wandte sich damals an den Minister Hirtsiefer, trug ihm die Lage vor und frug, ob er nicht einen Rat wisse. Minister Hirtsiefer erklärte, daß vielleicht der damalige Präsident der Zentralgenossenschaftskasse, Herr Klepper einen Rat geben könne. Daraufhin ist Oberbürgermeister Adenauer zu Herrn Klepper hingegangen und hat ihm die Sachlage geschildert. Herr Klepper hat ihm erklärt, daß er nach den Statuten der Preußenkasse einer Gemeinde keinen Kredit geben könne, er habe ständig zahlreiche reichsbankfähige Wechsel und er könne der Deutschen Bank und Discontn-Gesellschaft, Köln ebenso gut wie er das anderen Banken tue, 12 Mill. RM. Wechsel zu Diskontzwecken zur Verfügung stellen.

Die Rückzahlung des Betrages an die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Köln seitens der Stadt Köln ist noch nicht erfolgt, weil infolge der katastrophalen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland der Plan einer Vergesellschaftung ihrer Werke undurchführbar wurde.

Brötchen schon um 6.30 Uhr.

WP Köln, 17. Okt. Von der Regierungspressestelle wird mitgeteilt: Der Regierungspräsident in Köln hat im Auftrage des Handelsministeriums die in früheren Jahren erlassenen Anordnungen über die Vorverlegung des Arbeitsbeginnes in Bäckereien auf 5 Uhr morgens dahin abgeändert, daß in Zukunft die Belieferung von offenen Verkaufsstellen (z. B. Zweiggeschäften, Wiederverkaufsstellen, Verkaufsstellen von Konsumvereinen und ähnlichen Vereinen) mit Backwaren jeder Art schon von 6.15 Uhr morgens an zulässig ist. Die Abgabe von Backwaren jeder Art unmittelbar an Verbraucher soll statt wie bisher ab 7 Uhr nunmehr von 6.30 Uhr morgens an gestattet sein.

Wuppertal.

Beamtenratswahlen bei der Reichsbahndirektion Wuppertal.

WP Wuppertal, 18. Okt. Die jetzt bei der Reichsbahndirektion Wuppertal durchgeführten Beamtenratswahlen hatten folgendes Ergebnis: Christliche Gewerkschaft der Eisenbahner 2280 (Januar 1930 2375), Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft 2262 (1930 nicht vertreten), Sozialistischer Einheitsverband 384 (659), der neutrale Z. d. R. 3258 (4895) und die mit dem neutralen Verband zusammengehende Lokomotivführergewerkschaft 2153 (2724). Während der Z. d. R. drei Sitze verlor, gewannen die Christlken einen Sitz und die Nationalsozialisten zwei Sitze.

Ein magerer Vergleich besser als ein unsicherer Prozeß.

WP Wuppertal, 17. Okt. Zwischen der Bergischen Kleinbahn A.-G. und der Barmer Firma Vorwerk u. Sohn ist jetzt ein langjähriger Prozeß durch einen Vergleich beigelegt worden. Die Firma Vorwerk hatte der Kleinbahn A.-G. Grundstücke zur Benutzung übereignet, mit der Verpflichtung, die Kleinbahn in einer bestimmten Richtung auszubauen, in der die Firma weitere Grundstücksinteressen hatte. Besondere Umstände veranlaßten die Kleinbahn A.-G., von dem ursprünglichen Projekt Abstand zu nehmen. Daraufhin verlangte die Firma Vorwerk 600 000 RM Schadenersatz. Als diese gutachtlich nur auf 250 000 RM festgesetzt wurden und die Kleinbahn die Zahlung dieses Betrages verweigerte, strengte das Werk Klage an. Zwischen den Parteien ist nun außergerichtlich ein Vergleich zustandegekommen, nach dem die Kleinbahn A.-G. 150 000 RM an die Firma Vorwerk u. Sohn zahlt und dadurch das umstrittene Gelände fast restlos in den Besitz der Bahn übergeht.

Mißglückter Ausbruch aus dem Zuchthaus.

WP Remscheid, 18. Okt. In der Nacht zum Samstag versuchten zwei Zuchthäusler in der Anstalt Lüttringhausen, die noch längere Freiheitsstrafen zu verbüßen haben, aus dem Zuchthause zu entweichen. Beim Versuch, die Mauer zu übersteigen, wurden sie jedoch von Beamten der Strafanstalt bemerkt und festgenommen.

Räuber in einer Wirtschaft.

WP. Duisburg, 17. Okt. Samstag abend betrat ein maskiert und mit einer Pistole bewaffneter Mann in eine Wirtschaft in der Heerstraße. Mit dem Rufe „Hände hoch" feuerte der Räuber mehrere Schüsse auf die wenigen im Lokal befindlichen Gäste ab. Durch die Schüsse wurde ein am Schanktisch stehender Mann in den Oberschenkel getroffen. Einer der Gäste brachte es fertig, dem Eindringling, der noch einen maskierten Gehilfen vor dem Lokal stehen hatte, die Eingangstür gegen die Leib zu schleudern. Daraufhin ergriff der Bandit die Flucht. Die Täter entkamen unerkannt.

Ehetragödie in Gelsenkirchen.

WP. Gelsenkirchen, 17. Okt. Der 25jährige Arbeiter Paul Heinrich aus Gelsenkirchen hat am Samstag nachmittag seine von ihm getrennt lebende 23-jährige Ehefrau Auguste in deren Wohnung in Erle durch vier Schüsse mit einer Armeepistole erschossen. Heinrich hat sich später der Polizei freiwillig gestellt.

Flammentod einer alten Frau

WP. Gelsenkirchen, 17. Okt. Am Sonntag vormittag schloß sich eine alte Frau in der Eckendorferstraße in ein Zimmer ihrer Wohnung ein, übergoß sich mit Benzin und zündete dieses sodann an. Als man, durch den entstehenden Brand aufmerksam gemacht, die Zimmertür öffnete, fand man den verkohlten Leichnam der Frau vor. Die Tat wurde offenbar in geistiger Umnachtung ausgeführt.

Auto fährt in eine Gruppe Bergarbeiter.

WP Bochum, 18. Okt. Am Montag morgen gegen 5 Uhr fuhr auf der Dortmunder Straße in Gerthe ein Personenwagen zur Arbeit gehende Bergleute an. Ein Bergmann wurde sofort getötet, während zwei weitere Verletzungen davontrugen. Der Führer des Kraftwagens ergriff die Flucht in Richtung Lütgen-Dortmund. Bei den Verletzten besteht keine Lebensgefahr.

400 Totenschädel im Massengrab.

WP. Rahden (Westf.), 16. Okt. Bei Ausschachtungsarbeiten zur Anlage einer Kirchenheizung wurde hier unter der Sakristei eine alte Grabanlage entdeckt. Sie besteht aus hochgerichteten Steinplatten, die als Deckel zu einer Grabkammer dienen, die etwa 400 menschliche Skelette barg, was an der Zahl der vorgefundenen Schädel festgestellt wurde.

Eine Wendung in der Herberner Mordsache.

WP Münster, 17. Okt. Wie der Pressedezernent beim Landgericht in Münster mitteilt, hat der Angeklagte Beisemann bei einer erneuten Vernehmung die gegen den Mitangeklagten Piekenbrink erhobene Beschuldigung der Mittäterschaft widerrufen. Beisemann behauptet jetzt, die Tat allein ausgeführt zu haben. Mehrere Zeugen haben daraufhin bei wiederholter Vernehmung ihre früheren Aussagen geändert. Es muß jetzt als zweifelhaft angesehen werden, ob Piekenbrink als Mittäter in Frage kommt. Nach einer erneuten Ortsbesichtigung, die die Angaben Beisemanns zum Teil bestätigte, hat das Sondergericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft gemäß § 4 der Notverordnung über die Bildung von Sondergerichten die Sache zum ordentlichen Verfahren überwiesen. Maßgebend für diesen Beschluß war, daß noch weitere umfangreiche Ermittelungen erforderlich sind, die am besten in einer gerichtlichen Voruntersuchung angestellt werden. — Nach Abschluß dieser Ermittelungen wird sodann die Strafsache dem Schwurgericht zugeleitet werden.

80jährige Hofbesitzerin ermordet.

WP Gronau (Westfalen), 18. Okt. Auf dem abseits der Landstraße Tenderen-Albergen gelegenen Gehöft Pohl wurde eine schwere Bluttat verübt. Nachts drangen Einbrecher in das Anwesen ein, um sich in den Besitz eines größeren Geldbetrages zu setzen, den die Familie Pohl tags zuvor bei einem größeren Viehverkauf erzielt hatte. Bei dem Versuch, den Geldschrank im Schlafzimmer der 80jährigen Besitzerin zu erbrechen, wurden die Täter durch Hilferufe der inzwischen erwachten Greisin gestört. Ehe die Greisin noch einen Laut von sich geben konnte, wurde sie von den Verbrechern mit einer Eisenstange niedergeschlagen. Einer der Banditen stürzte sich dann auf die besinnungslose Frau und stach mit einem Dolch auf sie ein, bis sie tot war. Die Einbrecher müssen dann ihre Versuche, in den Besitz des Geldes zu gelangen, noch einige Zeit fortgesetzt haben, bis sie durch die erwachenden übrigen Hausbewohner verscheucht wurden. Die sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen führten bereits wenige Stunden nach der Tat zur Festnahme eines verdächtigen Mannes, der durch sein scheues Wesen auffiel und an dessen Kleidung Blutspritzer festgestellt wurden. Die Ermittlungen dauern noch an.

Ueberfallen und an den Baum gebunden.

WP Bielefeld, 18. Okt. Als sich der Viehhändler Brinkkötter aus dem benachbarten Tatenhausen am Samstag abend mit seinem Rade auf dem Heimwege befand, wurde er unweit von Schloß Holtfeld an einem einsamen Waldwege von drei Radfahrern angehalten, die ihn zwangen, vom Rade abzusteigen, worauf sie ihn mißhandelten und beraubten. Dann banden die mit einem Revolver ausgerüsteten Burschen den Viehhändler an einen Baum und suchten auf ihren Rädern das Weite. Da auf dem einsamen Wege sehr wenig Verkehr ist, gelang es dem Ueberfallen erst am Sonntag vormittag, sich aus seiner Einschnürung zu befreien. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Furchtbare Hundebestie.

Paderborn 17. Okt. Auf dem Hofe des Landwirts Johann Striewe in Schwanen wurde der neunjährige Sohn des St. von einem wütenden Hunde des Vaters angegriffen. Das Tier biß das Kind mehrfach u. zerriß ihm die Kleidung. Bei dem furchtbaren Kampf des Hundes mit dem am Boden liegenden Jungen zerriß das Tier dem Kinde die Rippen. Es hätte garnicht viel gefehlt, dann wäre sogar das Herz zerrissen worden. Der kleine St. wurde mit sehr schweren Verletzungen dem Krankenhause zugeführt.

Tödlicher Schlag beim Handballspiel.

WP Haßlinghausen, 18. Okt. Während eines Handballspiels am vergangenen Sonntag zwischen einem Lindener und einem Dahlhausener Verein wurde der Spieler Ritz von einem Lindener Handballer gegen den Leib gestoßen und schwer verletzt. Er erlitt einen Magen- und Darmriß und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Dort ist er jetzt trotz einer Operation gestorben.

Ein praktischer Bürgermeister.

Bilstein (Sauerland), 17. Okt. Der Bürgermeister des Amtes Bilstein hat bekannt gemacht, daß die Landwirte die rückständigen Steuern durch Abgabe von Kartoffeln bezahlen können. Da die Steuereingänge fast restlos an die Unterstützungsempfänger wandern und das Bürgermeisteramt diesen zur Wintervorsorgung Kartoffeln beschaffen muß, ist der vom Bürgermeister gewählte Weg der direkten Belieferung der Bedürftigen praktisch und arbeitsparend. Eine Kommission, bestehend aus Erwerbslosen, Amtsbeamten und Landwirten, regelt die Verteilung der Kartoffelsteuerabgabe.

Es geht auch so.

Altenkirchen, (Westerwald), 17. Okt. Gewiß eine Seltenheit ist es heutzutage, wenn eine Stadtverordnetenversammlung ihren Haushaltplan verabschiedet, ohne daß zur Deckung des Fehlbetrages die Bürgersteuer herangezogen werden muß. In dieser glücklichen Lage befindet sich die Stadt Altenkirchen (Westerwald). Zwar mußte der diesjährige Haushaltplan sich energische Sparmaßnahmen gefallen lassen, er konnte aber ohne Steuererhöhung in Einnahmen und Ausgaben mit 152 670 RM. (aus dem vorjährigen Etat wurde sogar ein Ueberschuß von 3600 RM. übernommen) ausgeglichen werden. Es kommen lediglich 200 Prozent Zuschlag zur staatlichen Grund- und Gewerbesteuer zur Erhebung. Die Einführung der Bürgersteuer konnte vermieden werden. Wirklich eine beneidenswerte Stadt!

Vom Bankdirektor zum Wohlfahrtsempfänger.

WP Darmstadt, 18. Okt. Der ehemalige Bankdirektor D. aus Auerbach a. d. B., der durch unglückliche Geschäftsverhältnisse vollkommen ins Elend kam, hatte sich wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zu verantworten. Er erhält als vollkommen Mittelloser mit seiner Frau und vier Kindern vom Wohlfahrtsamt eine Unterstützung von 12 Mark in der Woche und hatte in der Verzweiflung, als die Frau im Sommer krank war, Gutscheine der Gemeinde gefälscht und sich Lebensmittel dafür besorgt. Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe von drei Monaten und billigte in Anbetracht der trostlosen Lage und der bisherigen einwandfreien Führung dreijährige Bewährungsfrist zu.

Aus dem Rheinischen Sängerbund.

WP Köln, 17. Okt. In der gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung des Rheinischen Sängerbundes im Großen Saal der Wolkenburg am Sonntag stand im Mittelpunkt der Verhandlungen der Bericht des Siebener-Ausschusses, der sich mit den Unterschlagungen des Geschäftsführers C. J. Bertram — die bis jetzt auf 11 500 Mark festgestellt wurden — befaßte.

Zu Beginn der Tagesordnung, die der erste Vorsitzende Wilhelm Mirbach eröffnete, schlug der Erweiterte Vorstand der Mitgliederversammlung vor, die Wettstreitbestimmungen des Rheinischen Sängerbundes zunächst für ein Jahr außer Kraft zu setzen. In diesem Zeitraum sollen der Bundesvorstand und die Gaue die stattfindenden Gesangwettstreite beobachten und das Material über den Ausgang solcher Veranstaltungen sammeln. Der Bundesvorstand hat erneut Verhandlungen mit dem DSB aufzunehmen, damit der DSB gemeinsame Bestimmungen über Abhaltung von Wettstreiten herausgibt. Dem Antrag wurde von der Versammlung zugestimmt.

In dem Bericht des Siebenerausschusses kommt zum Ausdruck, daß der geschäftsführende Vorstand nicht fahrlässig, aber gegenüber dem Kassenführer Bertram zu sehr vertrauensselig gehandelt habe. Nach Erstattung seines Gutachtens brachte der Siebener-Ausschuß folgende Entschließung zur Verlesung:

Aufgrund der durch die Prüfungsarbeiten gewonnenen Ergebnisse beantragt der Siebener-Ausschuß: Die heutige Mitgliederversammlung möge darüber beschließen: 1. ob der geschäftsführende Vorstand weiter in seinem Amte bleiben kann, 2. ob die beiden Kassenprüfer, die Herren Beth und Schön, weiterhin ihre Funktion ausüben sollen.

Nach der Pause wurde mitgeteilt, daß der Vorstand und die Kassenprüfer bereits freiwillig ihr Amt niedergelegt hätten. Mit warmen Worten dankte Rechtsanwalt Boris (Duisburg) dem ersten Vorsitzenden Mirbach für seine vorbildliche Leitung und Leistung. Auch aus den Reihen der Sänger wurden Mirbach unbedingtes Vertrauen und herzlichster Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen. Spontan und einstimmig ernannte die Versammlung den greisen Sängerführer zum Ehrenmitglied des Rheinischen Sängerbundes, und alle Anwesenden brachten ihm den Rheinischen Sängergruß dar.

Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Direktor Kricher (Köln), 2. Vorsitzender: Sparkassendirektor Krüger (Wuppertal), 3. Vorsitzender: Justizrat Wassermeyer (Bonn). Der Vorstand wurde einstimmig gewählt.

Aus persönlichen Gründen hatte Rechtsanwalt van Coellen den Vorsitz als Obmann des Siebenerausschusses niedergelegt.

Handel und Wirtschaft.

Kölner-Schlachtviehmarkt.

Köln, 17. Okt. Auftrieb 1898 (zuletzt 1516) Stück Großvieh, und zwar 581 (544) Ochsen, 399 (316) Bullen, 676 (549) Kühe, 202 (92) Färsen, 40 (15) Fresser, 163 (761) Kälber, 125 (18) Schafe, 5519 (4536) Schweine

	17. 10 RM.	11. 10. RM
Ochsen		
vollfleischige, ausgemästete		
1 jüngere	27—31	28—32
2. ältere	—	—
sonstige vollfleischige		
1 jüngere	23—26	24—27
2 ältere	—	—
fleischige	20—22	20—23
gering genährte	—	—
Bullen		
jüngere vollfleischige	22—24	22—24
sonstige vollfleischige	18—21	18—21
fleischige	—	—
gering genährte	—	—
Kühe		
jüngere vollfleischige	26—29	27—30
sonstige vollfleischige	20—25	23—26
fleischige	15—18	18—22
gering genährte	—	14—16
Färsen		
vollfleischige, ausgemästete	26—29	28—32
vollfleischige	20—24	24—27
fleischige	—	—
Fresser		
mäßig genährtes Jungvieh	18—23	17—25
Kälber		
Doppellender	58—70	58—70
beste Mast- und Saugkälber	48—54	50—55
mittlere Mast- und Saugkälber	38—46	42—48
geringere	30—36	35—40
Schafe		
Mastlämmer u. jüng. Masthammel		
1 Weidemast	27—30	—
2 Stallmast	—	—
mittlere Mastlämmer, alt. Masth., gut genährte Schafe Sauglämm.	22—26	—
fleischiges Schafvieh	—	—
gering genährtes Schafvieh	—	—
Schweine		
a) über 300 Pfd. Lebendgewicht	44—47	45—47
b) 240—300 „ „	44—47	44—47
c) 200—240 „ „	42—47	43—47
d) 160—200 „ „	40—45	40—45
e) 120—160 „ „	37—40	—
f) unter 120 „ „	—	—
Sauen	32—38	34—40

Geschäftsgang: Bei Großvieh wurden beste Tiere auch noch höher bezahlt, sehr langsam, voraussichtlich nicht ganz geräumt; Kälber und Schafe sehr ruhig; schwere fette Schweine auch noch höher bezahlt, geringere Schweine schwer verkäuflich, sehr schlecht.

Aus den Tagen des letzten Ritters.

Interessante Urkunde Kaiser Maximilians.

Es ist wahr, im Mittelalter nahm der Handwerksmann innerhalb der Gesellschaft eine ziemlich tiefstehende Stellung ein. Der fahrende Ritter, der stolze Kaufherr, selbst der zerlumpte Scholar sah mit einer Art Verachtung auf das „städtische Pack“, das sich nach Knieriemen und Ahle bückte, herab. Doch würden wir sehr irren, wenn wir dieses übrigens nicht durchgehends und allerwärts bestehende Verhältnis auf den Mangel gesunden Ehrgefühls innerhalb der Handwerksschichten selbst zurückführen wollten. Der ehrsame Nürnberger und der Augsburger Meister blickte mit Stolz auf sein Handwerk; sein Wort galt in der Gemeinde. Die Zunft, der er angehörte, wachte eifersüchtig auf die Beobachtung der Standesehre, und tausendfältig waren in Uebertretungsfällen die kleinen Mittel, mit denen die Zunft, namentlich in kleineren Städten, die Ehre eines Mannes, dem von Rechts wegen nicht beizukommen war, empfindlich zu schädigen verstand.

In Erfurt lebte gegen Ende des 15. Jahrhunderts ein Schneider namens Hans Vischer. In einer bösen Stunde hatte sich Hans vielmehr aus Unbedacht als mit böser Absicht gegen Gesetz und Recht vergangen. Der Richter findet ihn nicht straffällig, aber die Zunft fühlt sich durch seine Tat an ihrer Ehre gekränkt. Unbarmherzig wird er von ihr verstoßen; die Geheimnisse des Meistersangs und der Tabulstur bleiben ihm fortan verschlossen; Meister und Gesellen spotten seiner und meiden den Armen. In der Werkstätte wird es stille — er ist ein ruinierter Mann.

In dieser schweren Not hält er flehend seine Hände zu dem höchsten weltlichen Schirmherrn des Heiligen Römischen Reiches; dem ritterlichen Maximilian, empor und siehe, der edle Fürst gibt dem schwer gekränkten Schneiderherzen den lang entbehrten Frieden wieder. Das war ein Tag froher Genugtuung, als er aus den Händen des ehrsamen Rates den pergamentenen Brief des Königs mit dem großen Wachssiegel empfing, welcher hoch und niedrig fortan Schweigen und Vergeben gebietet.

Lesen wir den Brief, der hier genau nach dem Original mit dem zum sprachlichen Verständnisse notwendigsten Veränderungen wiedergegeben wird:

„Wir, Maximilian usw.. Da Hans Vischer, der Schneider von den Meistern des Schneiderhandwerkes zu Erfurt dieses Handwerk zu treiben verhindert, auch in der Zunft und gemeinen Versammlungen gemieden und ausgeschlossen wird, deshalb, weil er dabei gewesen, als durch eine andere Person einem Bauersmann in der Stadt Erfurt ein Hase genommen ist, wir aber glaublich Anzeige und Unterricht empfangen, daß solch' Geschichte aus keinem bösen Vorsatz oder Willen, sondern unbedacht gehandelt, und deshalb weder von den Regenten daselbst zu Erfurt oder Person, der solcher Hase zugehört, noch auch von dem Bauersmann gegen den Täter etwas vorgenommen würde und ferner, da der gemelte Hans zu derselben Tat keinerlei Hilfe oder Verheng getan oder Hand angelegt, so haben wir auch aus anderen Ursachen mit wohlbedachtem Gemüte, guten Rate und eigenem Bewegen folgendes erklärt:

Wir ordnen und erklären auch aus königlicher Machtvollkommenheit wissentlich in Kraft dieses Briefes: Die obberührten Geschichten, auch die Handlung und Erkenntnis, welche der Bürgermeister und Rat der Stadt Erfurt über den Handel zwischen dem Schneiderhandwerk und dem genannten Vischer getan, sollen, obgleich der Hans Vischer zu solchem Nehmen des Hasen Rat und Hilfe getan und deshalb angezogen (zu Rechenschaft gezogen) werden mocht', dem Hans Vischer nach unserem Erfinden an seiner Ehre und gutem Leumunden keinerlei Verletzung, Nachteile oder Schaden bringen, noch auch ihm weder innerhalb noch außerhalb des Gerichtes zu Schmach, Schaden und Ungut vorgehalten oder wider ihn gebraucht werden in kein Weise. Wir gebieten darauf allen und jeglichen Kurfürsten, Fürsten, Bischöfen, Prälaten, Grafen, Rittern, Städten usw. und in Sonderheit dem gemelten Bürgermeister, Rate und den Meistern des Schneiderhandwerks zu Erfurt und sonst allen anderen unseren und des Reiches Untertanen und Getreuen, in was Würden und Wesen die seien, ernstlich und fest mit diesem Brief und wollen, daß sie deshalb den obgenannten Hans Vischer nichts zuziehen, irren, verirren, verhindern und beschweren, ihm ungehindert sein Handwerk üben lassen, in Zünften und anderen ehrlichen Versammlungen zulassen und ihn nicht zu meiden und ausschließen, noch gegen alles, was oben steht, zu handeln in kein Weise. So lieb einem jeden sei unser und des Reiches Ungnade und Strafe und dazu Verlierung einer Pön von zehn Mark löthigen Goldes, halb für die Kammer des Reiches, halb für den obgenannten Hans Vischer zu zahlen. Mit Urkunde dieses Briefes, besiegelt mit unserem königlichen anhängenden Siegel.

Gegeben zu Freiburg im Breisgau, am 27. August so. 1498.“

Der Hausarzt.

Eine fast vergessene Heilpflanze. Jetzt lebt ein schon Jahrtausende altes Heilmittel auf und wird ärztlich als sehr brauchbar empfohlen. Schon in der Odyssee wird der Knoblauch (Allium Sativum) als Würze der Speisen, als Heilmittel, Schutzmittel gegen Zauber und böse Wesen gerühmt, so daß er von den Heiden als heilig verehrt wurde. In Galizien wird der Knoblauch allgemein auf Butterbrot als Vorbeugungsmittel gegen Damrkrankheiten genossen, ein Mittel, dessen sich auch die Offiziere bedienen, wenn sie längere Zeit dort zubringen. In anderen Gegenden (Südungarn, Steiermark) wird das Schweinefleisch damit eingerieben, um es vor Fäulnis zu bewahren. Und gerade diese fäulnisverhütende Eigenschaft wird jetzt auch ärztlich verwertet. Bei den verschiedensten Darmkrankheiten hat man beobachtet, daß ein Verzehren roher Knoblauchknollen die Fäulnis und Krankheitsbakterien sehr bald tötet. Selbst bei hartnäckigem Darmkatarrhe findet stets schnell eine Abnahme der Entleerung und ein rasches Wiedereintreten guten Appetits statt. Der günstige Erfolg tritt ohne irgendwelche Nebenschäden auch bei Darmkrankheiten kleiner Kinder ein, zum Beispiel bei der gefürchteten Sommercholera. Da Knoblauch allenthalben zu jeder Jahreszeit zu haben ist, möge man dies altbekannte und wieder neubewährte Heilmittel bei Verdauungsstörungen und Darmkatarrhen jeder Art sich zunutzemachen.

Haltet Hals und Kopf frei. „Kopf kühl, Füße warm, macht den reichsten Doktor arm“, so lautet ein uraltes deutsches Wahrwort, das viel zu wenig beachtet wird. Viele glauben, vor Erkältung geschützt zu sein, wenn sie Kopf und Hals mit dicken Tüchern fürsorglich einhüllen, und besonders manche Mütter können nicht genug darin tun, ihren Kindern dicke Wollschals um den Hals zu würgen. Das ist aber gerade verkehrt. Die Erkältung der Füße und des Unterleibes ist gefährlich; Kopf und Hals aber, die zeitlebens mit Luft, Wind und Wetter in Berührung kommen, dürfen nicht verwöhnt werden. Ein Halstuch zu tragen ist eine üble Gewohnheit; man verhindert damit die Ausströmung der erwärmten Luft von Brust und Rücken, erhöht die Temperatur derselben unnötigerweise, erzeugt Schweiß und verwöhnt den Hals, der von Natur dazu nicht neigt.

—:—

Rätsel-Ecke.

Logogriph.

Mit „E“ da ist die Luft so rein,
Da weitet sich der Blick;
Mit „U“ beliebt in früh'rer Zeit
Als Schutz vor Feindes Tück,
Mit „O“ ist's leider sehr im Schwang,
Dem Kaufmann macht's viel Qual.
Und heißt es „schlichten!“ und es fehlt
Das „Moos“, so ist's fatal.

Homonym.

Du siehst mich oft im Schlamm und Schmutz,
Im Fluß und Bache gehen;
Doch bin ich auch im Silberputz
Am Firmament zu sehen.
Ich hab' schon manches Glied versehrt
Und manches Dasein ganz zerstört.

Bilderrätsel.



Auflösungen aus letzter Nummer:

Charade: Laubfrosch.
Scherzrebus: „Eine Hand wäscht die andere.“



Einen bessren find'st du nit...

Urheberrecht:
Herold-Verlag Homburg-Saar

Roman
von
Hans Janson

18. (Nachdruck verboten.)

„Trotzdem wachsen meine Kräfte wie Junigräser nach dem Gewitterregen ... Ich vermisse aber oft die scheue Unterhaltung mit der alten Frau Agnes, die mich pflegte. Man muß ihr wohl eingeredet haben, daß mein Verstand im Felde gelitten habe. Aber sie sprach immer so leise und gut mit mir, obwohl es ihr offenbar verboten war.“

„Ja, meine Kräfte wachsen! Ich bin breiter, stärker und länger geworden. Ich bin seit meiner Großjährigkeit offenbar erst ins Wachsen gekommen. Wenn Frieth mich jetzt sehen könnte!“

„Ach, Frieth! Sein Bild und das seiner Schwester Edith, das er mir beim Abtransport aus dem Feldlazarett, wo wir getrennt wurden, gab, sind die einzigen Gefährten meiner Einsamkeit. Und wenn mich die innere Stimme nicht trügt, wenn mich der Schlag meines Herzens nicht täuscht ...“

An dieser Stelle war Paul bei der Niederschrift seiner Gedanken unterbrochen worden. Später hatte er den Satz auch nicht zu Ende geschrieben, sondern nach einigen kräftigen Gedankenstrichen, die auf eine große seelische Erregung schließen ließen, fuhr er fort:

„Seltsam! Eben schreibe ich von Frieth, als die Klappe im eingebauten Schrank niederfällt, und die Schranktür aufgestoßen wird. Es ist Onkel Felix, der auf diese Weise mit mir zu sprechen beliebt. Walter habe ich seit meiner Rückkehr überhaupt nicht mehr gesehen. Meinem ehemaligen Vormund scheint indes das Gewissen doch keine Ruhe zu lassen. Oder was bezweckt er sonst mit seinen Fragen nach meinem Befinden? Will er mich in meiner Ohnmacht verhöhnen? Heute aber — was wollte er mit seinen Fragen nach Frieth? Woher kennt er ihn? Aus meinen Papieren? Oder sollte er sich noch erinnern, daß ich in Altona einen kurzen Feldurlaub verbrachte? — Warum aber sollte ich ihm die Wahrheit verschweigen? Habe ich eine andere Hoffnung auf Befreiung als die an Frieth? „Ja“, sagte ich ihm, „Frieth weiß, daß ich lebe. Er wird mich suchen, finden und befreien. Und das ist so sicher und gewiß, wie es sicher und gewiß ist, daß meine Schwurhand geheilt ist, um wider dich zeugen zu können!“ —

Offenbar die einzige erregte Auseinandersetzung, die Paul mit seinem Onkel hatte, und diese Eintragung trug das Datum des Tages, an dem Frieth sein Anstellungsschreiben von der Direktion der roten Burg erhielt.

XIX.

Frieth mußte wegen einer Reparatur an der Mechanik seiner Füße das Bett hüten. Vollständig hilflos lag er auf seinem Lager und mußte sich bedienen lassen. Was hätte er wohl angefangen, wenn er in der Domschen Wohnung allein zurückgeblieben wäre?

Offenbar langweilte sich Frieth furchtbar. Er freute sich schon, wenn ihm Frau Agnes das Essen brachte. Die alte Wirtschafterin schien aber in den ersten Tagen schwerhörig und auch stumm zu sein. Mehr als ein Kopfnicken, ein leises „Ja“ oder „Nein“ vermochte Frieth, der sich aus Langeweile sichtlich nach einer Unterhaltung sehnte, aus der alten Frau nicht herauszuholen. Immer hatte sie es sehr eilig. Nur ihre Augen, die das alte Gesicht der weißhaarigen Frau verjüngten, verweilten bei jedem Besuch etwas länger auf dem jungen Manne, der durchaus nicht den Eindruck eines bettlägerig Kranken machte, und eines Nachmittags, als sie Frieth, um die Zeit, da der alte Rogan gewöhnlich schlief, eine Tasse Kaffee gebracht hatte, brach sie ihr Schweigen. Und nun schien es, als habe sie noch mehr auf dem Herzen als der junge Mann, der nach einer Unterhaltung mit ihr verlangte.

„Sie sind nicht der erste Verwundete, den ich hier pflege“, sagte sie flüsternd, mit einem scheuen Blick auf den Schrank neben dem Eingang. „Der junge Herr, der auch in diesem Zimmer wohnte, hatte einen Schuß in die rechte Hand bekommen. Er soll aber auch nicht ganz klar im Kopf gewesen sein.“

Hat der alte Herr denn noch einen jüngeren Sohn?“ fragte Frieth.

„Er sagte Onkel zum alten Herrn. Lange habe ich ihn ja auch nicht gepflegt. Aber wie sah er aus, als er kam, zum Gotterbarmen! Wie konnte man den jungen Menschen so nur aus dem Lazarett entlassen.“

„Blieb er denn hier?“

„Ja, freilich, und das ist ja eben, was ich nie begreifen konnte. Der alte Herr Rogan war immer so nett zu ihm. Er schien sich auch ernstliche Sorge um ihn zu machen. Aber wegen der verwundeten Hand ließ er nicht einmal den Arzt kom-

men, und es ist mir ein Rätsel, daß sie trotzdem so schön geheilt ist."

„So, dann kann er sie jetzt wieder gebrauchen und seinem Beruf nachgehen, nicht wahr?"

Die alte Frau sagte noch leiser, als bisher:

„Er soll ja auch nicht ganz richtig im Kopf gewesen sein."

„Auch das kann ich nicht sagen. Der alte Herr Rogan sagt freilich, sie hätten ihn in eine Anstalt bringen müssen."

„Glauben Sie das denn nicht?"

„Ich hätte dann doch etwas davon bemerken müssen."

„Sie haben aber nichts bemerkt, liebe Frau Agnes, und hier im Zimmer ist er doch nicht mehr, ni'ɔt wahr?"

„Das allerdings nicht. Aber ich bin doch nicht blind. Ich sehe doch auch, was mittags auf den Tisch kommt. Sie essen ja jetzt mit. Aber Sie sind kein starker Esser. Wo bleiben also die Reste, da ich immer so reichlich auftrage, daß nicht nur vier, sondern auch fünf oder sechs Personen davon satt werden könnten?"

„Sie meinen also, daß der kranke, junge Mann hier im Hause verborgen gehalten wird?"

Erschrocken zusammenfahrend, blickte die alte Frau nach dem Schrank neben dem Eingang. Dann nahm sie das Tablett vom Nachttisch und trippelte hastig, ohne Frieth eine Antwort zu geben, aus der Stube.

Frieth schloß die Augen. Auch er hatte das Oeffnen der Klappe, die offenbar längere Zeit nicht benutzt worden war und deshalb in den Scharnieren ein Geräusch machte, gehört.

Was nun?

Erhorcht hatte der Alte wohl nichts. Vielleicht war ihm nur das lange Verbleiben seiner Wirtschafterin bei Frieth aufgefallen. Aber schlief er um diese Nachmittagsstunde nicht mehr? Hatte er überhaupt keinen Schlaf?

Pünktlich kam der alte Rogan auch an diesem Abend mit dem Schachbrett und einer Flasche Rotsporn zu Frieth, der bereits angekleidet war und auf provisorischen Krücken, die er sich inzwischen angefertigt hatte, vom Bett an den Tisch humpelte.

Ein drohendes Funkeln in den schwarzen Augen, folgte der Alte seinen Bewegungen. Fast war es, als wolle er sich rücklings über den Hilflosen stürzen. Sein schmaler, gelenkiger Leib hatte sich wie zum Sprunge gekrümmt. Dann aber, als Frieth am Tische saß, stellte er die Figuren auf dem Schachbrett vor ihm auf und lachte:

„Sieh da, sieh da! Not macht erfinderisch. Wie kommen Sie nur an die Stöcke und Bretter?"

Auch Frieth lachte und wies auf den Schrank neben dem Eingang.

„Da war alles drin, was ich brauchte"

„Ei, wie haben Sie den denn aufgemacht?" verwunderte sich der Alte. „Er war doch verschlossen."

Frieth erklärte sachlich, wie er den Schrank geöffnet habe.

„Eine Kleinigkeit", prahlte er dann, „als ehemaliger Bautechniker und Pionier knacke ich noch ganz andere Verschlüsse."

„Da muß man seine Türen ja gegen Sie versichern", lachte Rogan und zog an.

Eine Zeit lang spielten sie Schach. Dann, als die Partie sich zugunsten des Alten zu entscheiden schien, öffnete dieser die Weinflasche und füllte die Gläser.

„Nicht zu hitzig, lieber Frieth", sagte er dabei. „Stärken Sie sich erst mal, ehe Sie verlieren."

Klingend stießen sie die Weingläser aneinander und tranken.

„Sie müßten eigentlich ein paar Reservefüße haben", sagte Rogan, sein Glas auf den Tisch setzend. „Wo sind Sie übrigens verwundet worden?"

Einen Augenblick zögerte der Gefragte mit der Antwort. Dann antwortete er der Wahrheit gemäß.

„Und bei welchem Regiment, welcher Kompanie?"

Frieth sah ein, daß eine ausweichende oder unwahre Angabe keinen Zweck hatte. Der Alte kannte ihn aus den Papieren von Paul. Aber dann, als er seinen Truppenteil genannt hatte, staunte er doch über die Kaltblütigkeit, mit der Rogan sagte:

„Ei, sieh da ... da haben Sie auch meinen Neffen, den Leutnant Rogan, gekannt, nicht wahr?"

„Paul Rogan? — War das Ihr Neffe? Es war der jüngste Leutnant unseres Regiments. Er wurde verwundet ..."

„Ja", sagte der Alte und legte mit ruhigen Händen die Figuren auf dem Schachbrett um, „wenn das alles wäre ... Aber reden wir nicht davon. Immerhin war es der Sohn meines Bruders, der sich in seinen letzten Lebensjahren auch allerhand in den Kopf gesetzt hatte. Halten Sie Geisteskrankheit für erblich?"

Rogan hob, indem er mit der linken Hand seinen sorgfältig gewellten weißen Bart vor etwaigen Weintropfen schützte, das Glas an den Mund und trank in langsamen, nachdenklichen Schlucken.

Von Paul Rogan wurde nicht mehr gesprochen. Aber warum sprach der Alte überhaupt davon? War das ein Spielen mit dem Feuer oder eine Drohung?

Olga hatte Frieth gleich am ersten Tage, da er das Bett hütete, besucht. Er lag unter der Decke, und sie setzte sich auf den Bettrand. Frieth zog die Decke hoch und zeigte ihr seine Beinstümpfe.

„Deck' zu", schrie da Olga, sprang auf und legte die Hände vor die Augen. „Ich kann das nicht sehen."

„Wer mit mir durchs Leben gehen will, muß mir zuweilen als Krücke dienen", sagte Frieth ruhig. „Willst du nicht so freundlich sein und mir aus dem Bett an den Tisch helfen?"

„Ich — ich — kann nicht", stotterte Olga und ging mit abgewandtem Gesicht nach der Tür. „Ich will den Onkel rufen."

Damit eilte sie aus dem Zimmer, und einige Tage später erzählte Rogan, daß seine Nichte nach Hause gefahren sei.

„Sie sind aber auch Einer", sagte er dabei lachend. „Zeigen Sie dem Mädel so etwas!"

Daß er selbst Olga mit zur Abreise veranlaßt hatte und ihr obendrein noch eine Summe Geldes mitgab, damit sie nur möglichst schnell sein Haus verlassen solle, verschwieg er.

Frieth fragte sich, ob er klug gehandelt habe, indem er das Verhältnis zu Olga löste. In seiner augenblicklichen Lage war sie die einzige, wenn auch unsichere Verbindung mit der Außenwelt. Hatte er sich nicht selbst in die Falle gesetzt?

Freilich, was er damit wollte, als er seine Füße an Bardensleben in Reparatur gab, hatte er erreicht. Die alte Wirtschafterin hatte ihn gepflegt, und er hatte mit ihr gesprochen. Sie hatte ihm auch von den Speiseresten erzählt, die vom Mittagtisch verschwanden, und ihm damit seine Vermutung bestätigt, daß Paul in ein anderes Versteck verschleppt worden war. Wo aber war das?

XX.

Und wo blieben seine Füße?

Es war am zehnten oder elften Tage seiner Zimmer- und Betthut, vormittags gegen neun Uhr, als der alte Rogan Frieth ein Telegramm überbrachte, das eben für diesen abgegeben worden war. Es kam aus Altona, und sowohl der Empfänger, wie der Ueberbringer schienen zu erraten, was es enthielt. Frieth saß am Tisch und blickte lange mit leeren Augen auf den schmalen Adressenstreifen.

„Kopf hoch, junger Freund", sagte Rogan, neben ihm stehend, mit Wärme. „Ich weiß, Sie haben Ihren Vater lange nicht mehr gesehen."

„Nein", sagte Frieth leise. „Wir hatten uns nach dem Krieg entfremdet ..."

„Wenn Sie nur gehen könnten ... Aber wenn Sie das Auto nehmen ... vielleicht läßt es sich doch machen, daß Sie wenigstens zu seiner Beerdigung zu Hause sind."

Mit fremden Augen schaute Frieth auf. Woher wußte der Alte, was das Telegramm enthielt? —

Am Nachmittag kam ein Brief von Edith. Er mußte geraume Zeit vor dem Telegramm von Altona abgesandt worden sein; denn Edith schrieb darin von einem erneuten Schlaganfall, doch nicht vom Tode des Vaters. Hatte Rogan den Brief unterschlagen?

(Fortsetzung folgt).

Die Bedeutung des Kleingartens für die Frau.

Ein großer Dichter hat einmal den bedeutsamen Ausspruch getan: „Wir lernen die Menschen nicht kennen, wenn sie zu uns kommen, wir müssen zu ihnen gehen und sie in ihren Häusern aufsuchen, um zu erkennen, wie es mit ihnen steht."

Das trifft besonders auf das Kennenlernen einer Hausfrau und Mutter zu. Ist doch ihr eigentlicher Wirkungskreis das Haus. Betritt zum Beispiel ein Fremder zum erstenmal ein Haus, so wird der günstige Einfluß, den er empfängt, immer auf das Walten einer Hausfrau zurückzuführen sein. Welche schwere Verantwortung liegt demnach auf den Schultern einer Hausfrau! Ihr Beruf ist der vielseitigste von allen Berufen, die es überhaupt gibt. Sie soll in ihrem Hauswesen nicht nur diejenige sein, die von den Dingen, die in ihr Gebiet fallen, alles versteht, sondern sie soll als erste mit gutem Beispiel vorangehen und tüchtig mit Hand anlegen. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, daß eine Frau, die ihren Pflichten voll und ganz genügen will, in einem ganz besonders innigen Verhältnis zu der Natur stehen muß.

Darum ist eine Frau glücklich zu preisen, die einen Garten, einen Kleingarten, ihr eigen nennen kann, die diesen Ausschnitt aus der schönen Natur immer um sich haben darf und durch das Beobachten und Arbeiten im Garten besser und glücklicher wird.

Der Garten ist ja mit einer Frau eigentlich so eng verwandt. Er ist an einen festen Ort gebunden, die Frau in ihren Pflichtenkreis nicht weniger; der Garten bringt aus seinem Schoße neue Geschöpfe an das Licht der Sonne: Blumen- und Pflanzenkinder, die Frau und Mutter den jungen Stolz des Hauses; der Garten wird sich bei richtiger Pflege und Sorgfalt niemals erschöpfen, neue und immer wieder neue und mannigfaltige Wunder werden vor unseren Augen emporsprießen. Eine Frau, die sich selber durch den Anblick der Schönheit im Garten innerlich pflegt und hütet, wird in ihrem Können unerschöpflich sein; denn durch ihr freundliches und verstehendes Wesen wird sie ein unendlicher Segen für die anderen werden.

Eine Frau braucht ganz besonders nötig ein Innenleben, sie braucht es, wenn sie daheim die vielen häuslichen Arbeiten zu verrichten hat, Arbeiten, die oft die anderen kaum sehen oder beurteilen können. Sie braucht ein Innenleben, um dem Manne, der nach schwerer Arbeit nach Hause kommt, ein freundliches Heim zu schaffen, um den Kindern eine gute Mutter zu sein.

Aber das Innenleben würde leicht vergehen, wenn eine Frau nur in ihren Mauern leben müßte, wenn sie nicht draußen vor den Toren ihren lieben, traulichen Kleingarten hätte, zu dem es sie nach der Tagesarbeit mit aller Macht treibt, oder in den sie vom ersten warmen Tage an mit Mann und Kindern hinauszieht, um bis zum Herbste dort zu wohnen. Diese kleine Sommerresidenz ist für eine Frau eine Notwendigkeit, damit sie aus der schönen Natur immer wieder neue Kräfte schöpfen kann.

Solange unsere Erde steht, hören wir in der Geschichte von Gärten, die den Frauen gehörten. Selbst die Göttinnen im Altertum ließen sich in Gärten verehren. Ein Haus auf dem Lande ohne einen Garten wäre kaum denkbar, und selbst in den Städten wird das Augenmerk darauf gelenkt, am eigenen Hause ein eigenes Gärtchen zu besitzen. Aus diesem Verlangen heraus sind ja auch um die Städte herum die grünen Gürtel, unsere Laubenkolonien, entstanden.

Die Größe eines Kleingartens hat mit seinem wahren Werte oft recht wenig zu tun. Ja, ich habe gefunden, daß in winzigen Gärten oft ein größerer Nutzen erzielt werden kann, denn der Wert eines Gartens wird durch Herz und Gemüt bestimmt. Der Gewinn, den eine Frau von ihrem Kleingarten hat, ist ein zweifacher: ein realer, das heißt ein wirklicher und ein idealer, ein geistiger, seelischer Gewinn.

Den wirklichen Wert unseres Gartens haben wir in unseren traurigen Kriegszeiten zur Genüge schätzen gelernt; denn als unsere Männer draußen an der Front standen, da waren es doch ausschließlich wir Frauen, die die Gärten bewirtschafteten. Wie froh und dankbar waren wir aber auch, daß wir einen Kleingarten hatten; wie verlangend sahen viele, die nichts besaßen, über unseren Gartenzaun, wenn wir das schöne, schmackhafte Gemüse in den Korb lasen, oder wenn wir unsere Beeren abpflückten konnten. Welches berechtigte Hochgefühl muß demnach durch die Brust einer Frau ziehen, die fähig ist, solche Arbeit zu leisten, die aus dem winzigen Samenkorn, das sie mit Achtsamkeit und Liebe in den Schoß der Mutter Erde legt, Pflänzchen und Pflanzen entstehen sieht, der verschiedensten Arten und Farben. Und das alles in dem Bewußtsein, daß sie damit für sich und die Ihren höchst nützliche Arbeit verrichtet, und zwar freiwillige Arbeit, keine Zwangsarbeit. Es ist etwas Herrliches und Großes um diese Freude!

Freilich, wer da glaubt, daß man ohne Mühe und Arbeit ernten kann, der kennt das Gärtnern nur vom Hörensagen. Da muß gegraben, gedüngt, gepflanzt, gehackt, gegossen, geharkt — von neuem gepflanzt und gesät werden; denn ohne Enttäuschungen, und oft recht bitterer Art, geht es dabei nicht ab. Es kommt sogar manchmal eine Zeit des wirklichen Unmutes. Aber das ist ja gerade das Köstliche dabei, daß man aus solchen Erfahrungen einen großen Nutzen ziehen kann. Es ist noch niemals ein Meister vom Himmel gefallen, und nur derjenige, der seine Augen und seinen Verstand zur rechten Zeit richtig gebrauchte, ist mit der Zeit zum Meister geworden.

Eine Frau, die ihren Mann draußen im Getriebe weiß, um für Weib und Kind zu schaffen, wird gern im Garten nachdenken, um dem Heimkehrenden einen freundlichen Empfang zu bereiten. Sie wird mit Freuden die Arbeiten des Säens und Pflanzens übernehmen, um dem Ernährer etwas Ruhe zu gönnen. Der wirkliche Gewinn liegt aber nicht nur darin, daß der Garten etwas hervorbringt, was unserer Küche und damit unserem Hausstande zugute kommt, auch unser Körper wird durch die Arbeit in freier Luft, manchmal sogar in Wind und Wetter, auf das außerordentlichste abgehärtet und gestählt, so daß wir immer wieder mit neuer Kraft an unsere Pflichten gehen können.

Unser Leben ist kurz, und wohl der Frau, die in dieser kurzen Spanne Zeit etwas geleistet hat. In früheren Jahren galt zwar die Arbeit als eine Strafe, die man seufzend und als unabänderlich hinnehmen mußte; in unserer Zeit gilt es als höchste Ehre, seinen Posten im Leben voll und ganz auszufüllen. Hierzu braucht der Mensch, vor allen Dingen die Frau, auch die Zeit der unbedingten Ruhe und Sammlung. Und damit komme ich zu dem zweiten Vorteil eines Gartens, dem idealen Werte. Wo wäre wohl größere Stille und heiterer Frieden zu finden, als im eigenen Garten! Abgetrennt von der hastenden Welt, unbelauscht vom neugierigen Blick, nicht beeinflußt von Mode oder lästigem Zwang, nur Mensch zu sein und Mensch sein zu dürfen, welch herrliche Aussicht für alle Frauen, die es ernst und gewissenhaft mit ihren Pflichten nehmen! Eine aufmerksame Frau wird in solcher schönen Umgebung die Einheit und die Ordnung in der Natur empfinden und danach ihren Pflichtenkreis beurteilen, sie wird durch die Beschaulichkeit und Ruhe zum Nachdenken angeregt und dadurch vor Oberflächlichkeit bewahrt werden. Ihre Arbeiten, die sie manchmal mit einem stillen Seufzer oder gar mit einem unwilligen Worte tat, werden ihr kleiner und leichter erscheinen und auch sein; eine stille Freude und neuer Arbeitsmut wird in ihr Herz und Gemüt einziehen und sie wird nach der Ruhepause wieder froh und dankbar an ihr verantwortungsreiches Amt gehen.

Die allerschönsten Stunden für eine Frau aber werden diejenigen sein, die sie im trauten Familienkreise in ihrem lauschigen, lieben Garten verbringt, sei es nun am frühen Morgen beim Sonnenaufgang oder am Abend beim Schein des heraufziehenden Mondes, um in heiteren und fröhlichen Gesprächen alle Sorgen zu verscheuchen, die immer wieder versuchen, sich in ein Haus einzuschleichen.

Auch als freundliche Wirtin den Tisch im Garten für liebe Gäste beim Kinder- oder Erntefest unter grünen Bäumen und neben blühenden Blumen zu decken, ist für eine Hausfrau eine innige Freude. Klingt doch ein frohes Wort noch einmal so froh und ein helles Lachen noch einmal so hell unter dem blauen Himmel und in der freien, schönen Natur eines Kleingartens! Der Alltag mit seinen Mühen und Plagen weicht dann weit zurück und fröhlich schaut der Tag wie ein Feiertag sie an, der noch lange in Erinnerung bleiben wird.

So werden Frauen durch den innigen Zusammenhang mit ihrem Kleingarten nicht nur selber an Leib und Seele gesunden, sondern sie werden diesen neubelebten Geist mit hineintragen in ihr Haus und in ihre Umgebung. H. B.